

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Berater und Chefredakteur:**  
**Eric Müllinghaus, Berlin.**  
Telefon: Amt Döbisch 4196/4195



**Verlag für Druck und Schriftleitung:**  
**Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8**  
Druckverlag: Cepedian

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruck ist verboten, wenn nicht anders vermerkt ist. Genehmigung für beide Teile ist Berlin.

**Berlin, den 25. Sept. 1930**

Die Herrscher Amerikas.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Washington, im September (Eig. Ber.)

James W. Gerard, Multimillionär von Kapitalismus Gnaden, ehemaliger amerikanischer Botschafter am verflornten wilhelminischen Hofe, hat sich in seiner Sucht nach Publizität einen Streich erlaubt, der ihm in den Kreisen seiner politischen und wirtschaftlichen Gesinnungsfreunde noch manchen Rüffel einbringen wird. Ungefragt und ungesucht überschwemmte er die amerikanische Öffentlichkeit vor kurzem mit einer Liste von 64 Persönlichkeiten, die als die wahren Herrscher Amerikas, als eine Art unoffizieller und unverantwortlicher Überregierung bezeichnet wurden. Auf der Liste waren Multimillinäre, Bankiers, Grossindustrielle, einige wenige Zeitungsleute und sogar zwei Arbeiterführer als Konzessionsschulzen verzeichnet, aber was man vergeblich suchte, waren die Namen der Regierungsspitzen, der Parlamentarier, der höchsten Justizfunktionäre, kurzum die Namen aller derer, unter denen sich der gewöhnliche Sterbliche die eigentlichen Machthaber der grossen USA vorzustellen pflegt. Der offensichtliche Widerspruch wurde damit erklärt, dass die grossen "64" zu beschäftigt seien, um sich selbst um die Regierungsfunktionen zu kümmern, aber durch ihren ungeheuren Einfluss die Zusammensetzung der Regierung und ihrer Zweige diktieren und über deren Haltung bestimmen könnten.

Nun sind das ihrem Inhalte nach Tatsachen, die die Sozialisten seit Jahrzehnten predigen, ohne bei den amerikanischen Massen bisher viel mehr als ein amüsiertes Lächeln gefunden zu haben. Es bedurfte erst der Geschwätzigkeit Gerards, um die Erörterung über die Kardinalfrage des kapitalistischen Systems gewissermassen salonfähig zu machen, eine Erörterung, die in der amerikanischen Tagespresse einen ganz ungewöhnlichen wochenlangen Widerhall gefunden hat. Immerhin darf man bei der Betrachtung der amerikanischen Verhältnisse kaum so weit gehen, die Äusserungen Gerards in ihrem scharf zugespitzten Wortlaute zu nehmen. Bilden diese 64 Persönlichkeiten doch weder politisch noch wirtschaftlich eine homogene Gruppe, deren Gegensätzlichkeit der Auffassungen deutlich in ihrer Reaktion gegenüber der Verwaltungspolitik der Bundesregierung und der einzelnen Staaten zum Ausdruck kommt. Aber im Kern der Dinge ist nicht fortzuleugnen, dass die letzte Entscheidung über amerikanische und Weltprobleme bei diesen Leuten liegt und gewisse Differenzen zwischen den einzelnen Machtgruppen so oder so immer im Sinne der kapitalistischen Auffassung und unter Ausserachtlassung der Masseninteressen gelöst werden.

Wie entwickelt sich nun die wirtschaftliche Lagerung Amerikas und in welcher Lage befinden sich die breiten Massen derer, die auf ihre Tagesarbeit, sei es am Schraubstock, in der Fabrik oder im Bureausessel, zur Bestreitung ihrer notwendigsten Bedürfnisse angewiesen sind? Wie steht demgegenüber die herrschende Klasse da und wohin gehen die ungeheuren Summen, die die harte Arbeit einer Nation von 120 Millionen Menschen jahraus jahrein abwirft? - Ein Bündel Fragen, die in ihrer Zusammenfassung in der tragischen Frage gipfeln: Werden

die Reichen reicher und die Armen ärmer? Man sucht im Lichte der Gerard'schen 64 nach einer Antwort und findet sie, passend genug, in einem vom Nationalbureau für Wirtschaftsuntersuchungen herausgegebenen Buche "National Income and its purchasing power" (Das Nationaleinkommen und seine Kaufkraft). Es ist ein Buch, dessen Eindringlichkeit und Ziffernplastik nicht leicht überboten werden kann und das gleichzeitig einen gespenstischen Ausblick auf die nahe Zukunft eröffnet.

Um sich bewusst zu werden, welches Wirtschaftsphänomen die Vereinigten Staaten darstellen, genügt ein zahlenmässiger Hinweis auf die ungeheure Zunahme des Nationaleinkommens während der letzten zwanzig Jahre. Das amerikanische Nationaleinkommen stieg von 29,6 Milliarden Dollar im Jahre 1909 auf 89,4 Milliarden Dollar im Jahre 1928, eine Verdreifachung in knapp 19 Jahren. Die Frage erscheint berechtigt, wem diese ungeheure Steigerung zugeflossen ist, bzw. welche Volksklassen am meisten davon profitiert haben. Soweit die arbeitenden Massen in Frage kommen, hat ihr Prozentsatz am Nationaleinkommen eine Steigerung erfahren. Ihr Anteil stieg von 50,97 % im Jahre 1909 auf 57,17 % im Jahre 1928. Diese Steigerung, die an sich in zwanzig Jahren schon geringfügig ist ist aber irreführend, da die Massen der Arbeiterschaft und der Gehaltsempfänger durch die Wirtschaftsentwicklung der letzten zwölf Jahre und durch das unverhältnismässig starke Absinken einer Anzahl kleiner Unternehmer und selbständiger Geschäftsleute in das Stehkragenproletariat eine beträchtliche Zunahme erfahren haben, die eventuelle Anteilsteigerungen nicht nur aufhebt, sondern deutlich genug in ihr Gegenteil verkehrt. Der Anteil der Kapitalisten und Unternehmer am Nationaleinkommen ging in den Vergleichsjahren von 49,03 % auf 42,83 % zurück. Aber auch da muss in Betracht gezogen werden, dass die Zahl der Unternehmer eine starke Einschränkung erfahren hat und der Anteil des einzelnen Unternehmers aus diesem Grunde nicht etwa gekürzt, sondern beträchtlich gesteigert worden ist. Schon allein diese Hinweise zeigen, welches Unheil mit Zahlen angerichtet werden kann, die in ihren Auswirkungen genau das Gegenteil dessen beweisen, was sie eigentlich beweisen sollten, nämlich die gesteigerte Verdienstchance des amerikanischen Proletariats.

Werden also die Reichen reicher und die Armen ärmer? Hier ist der zahlenmässige Beweis. Im Jahre 1926 erhielten 98,9 % der arbeitstätigen Bevölkerung ein Jahreseinkommen von weniger als 5 000 Dollar. Das Absinken in diese Verdienstklassen unter 5 000 Dollar ist seit dem Jahre 1914 deutlich sichtbar, erfuhr aber von 1921 an eine besondere Beschleunigung. Demgegenüber ist die Zahl derer mit Jahreseinkommen über 5 000 Dollar im Laufe der letzten acht Jahre bedeutend gestiegen. Die Zahl der Jahreseinkommen zwischen 25 000 und 150 000 Dollar verdoppelte sich von 1921 bis 1926, während die Zahl der Kapitalisten mit einem Jahreseinkommen von mehr als 150 000 Dollar den Vogel abschoss und sich im Laufe von knapp sechs Jahren gar verfünffachte.

Die Berechnungen des Durchschnittseinkommens des amerikanischen Arbeiters sind noch deprimierender. Ein Lohnempfänger verdiente im Jahre 1927 im Durchschnitt 1 205 Dollar, ein Einkommen, das weit hinter den einfachsten Ansprüche einer normalen vierköpfigen Arbeiterfamilie zurückbleibt, deren Bedürfnisse nach amtlichen Zusammenstellungen auf mindestens 1 800 Dollar pro Jahr berechnet werden. Überdies kann es keinem Zweifel unterliegen, dass dieses, während der sogenannten Prosperitätsperiode errechnete Einkommen seit dem Herbst 1929 und in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise eine beträchtliche Schrumpfung erfahren hat, die die Gegensätze zwischen Theorie und Praxis noch deutlicher hervortreten lässt.

Die Untersuchungen des Nationalbureaus haben Gerard in einem Sinne recht gegeben, wie er ihm kaum vorgeschwebt hat. Allen denen, für die die Wohlfahrt des amerikanischen Proletariats mehr als eine blosse Redensart ist, ist schlüssig bewiesen worden, dass Amerika weder im wirtschaftlichen noch im sozialen Sinne als eine Demokratie angesprochen werden kann. Im Gegenteil, die Union ist das Musterbeispiel einer Plutokratie, wie sie grausamer von dem röttesten Radikalen nicht gemalt werden kann. Millionen Menschen gehen tagaus, tagein unter einer ungeheuren, ständig zunehmenden Wirtschaftslast, während einer Handvoll Kapitalisten mehr und mehr Reichtümer und damit auch mehr und mehr unmittelbarer politischer Einfluss in den Schoss geworfen wird. Das Ende kann nicht zweifelhaft sein, wenn die amerikanische Arbeiterschaft sich nicht zur Wahrung ihrer politischen und wirtschaftlichen Rechte fest zusammenschliesst.

SPD. Reichstagsabgeordneter Hermann Müller-Franken bittet uns um Verbreitung folgender Erklärung :

"In einem im "Sächsischen Volksblatt" vom 23. September 1930 veröffentlichten Artikel behauptet der Genosse Hans Marckwald-Frankfurt/M., dass ich in der Zeit meiner Kanzlerschaft erklärt hätte, die Sozialdemokratie würde 50 Mandate verlieren, wenn der Reichstag aufgelöst würde. Ich habe eine solche Behauptung niemals aufgestellt."

-----

SPD. Leipzig, 25. September (Eig. Drahtb.)

Die Donnerstagverhandlung im Leipziger Verschwörerprozess beginnt wie eine Theatervorstellung. Ins Innere des überfüllten Gerichtssaales dringen die Rufe von Tausenden, die auf der Strasse demonstrieren. Immer wieder hört man die Kampflieder der Nationalsozialisten, immer wieder das Gebrüll des hysterischen "Deutschland erwache!" Bevor es zur Vernehmung Hitlers kommt, beantragt der Oberreichsanwalt die Vernehmung des Staatssekretärs Zweigert vom Reichsinnenministerium als Gegenzeuge gegen Hitler. Staatssekretär Zweigert ist im Saale anwesend. Er soll laut Gerichtsbeschluss nach Hitler vernommen werden. Anwesend sind auch Regierungsrat Kempner, der Rechtsberater der Polizeiabteilung des Preussischen Innenministeriums, und Herr Dr. Goebbels....

Hitler gibt zunächst mit leiser Stimme seine Personalien an und bekundet, dass er staatenlos sei. Der Eid wird ihm vorläufig nicht abgenommen. "Ich bin von 1915 bis 1918 an der Front gewesen. Der Zusammenbruch von 1918 hat mich in die Erschütterung versetzt, die damals jeden anständigen Deutschen ergriffen hat. An die Überwindung des Zusammenbruchs durch die vorhandenen politischen Kräfte konnte ich nicht glauben. Drei Erscheinungen haben das deutsche Volk zersetzt: Der Verzicht auf die eigene völkische Kraft, die Beseitigung der Autorität der Persönlichkeit und die Einführung der Demokratie, die Vergiftung des Volkes mit pazifistischem Denken und Geist. Das waren die Ursachen des Zusammenbruchs, und es war mir selbstverständlich, dass nur eine Bewegung diesen Zusammenbruch überwinden kann, die gegen diese Stellung ankämpft. 1918 hatte praktisch die Proletarierfaust der Strasse entschieden, und diesen Terror konnte keine der alten politischen Parteien brechen. Um die geistige Idee des Volkes zu verteidigen, wurden meine Schutzorganisationen gegründet. Keine Sekunde hatten wir die Absicht, diese Abteilungen im Kampfe gegen den Staat zu verwenden. Wir wollten den Staat erobern, und wenn jetzt 6½ Millionen Deutsche nationalsozialistisch gewählt haben, so glauben wir, dass unsere Idee sich zwangsläufig noch weiter durchsetzen wird."

Der Zeuge schildert dann die Ereignisse des Jahres 1923, als es durch einen Zwang zum Putsch gekommen sei - einen Zwang, der durchaus nicht dem Wunsche Hitlers entsprochen hätte. Der Vorsitzende unterbricht Hitler und hält ihm das Münchener Volksgerichtsurteil vom 1. April 1924 vor, durch das er wegen dieses Putsches, d.h. wegen vollendeten Hochverrats zu fünf Jahren Festung verurteilt worden ist. In der damaligen Urteilsbegründung, die der Vorsitzende im Wortlaut verliest, kam Hitlers Absicht, die damalige Reichsregierung mit Gewalt zu stürzen und ein nationalsozialistisches Direktorium in Berlin zu errichten, klar zum Ausdruck.

Vorsitzender: "Wieso lag damals ein Zwang vor, der nicht Ihrem Wunsche entsprach?" Hitler: "Da waren amtliche Dienststellen, die die Umwandlung unserer Schutzabteilungen in militärische Abteilungen gefordert hatten. Dem wurde entsprochen, aber die Folge war, dass auch der Geist unserer Abteilungen nun ganz Militär wurde. Als sich die politische Situation zuspitzte, musste es naturgemäss zu so schweren Konsequenzen kommen. Nach 1925 war mir klar, dass die Bewegung zu ihren geistigen Prinzipien der Anfangszeit zurückkehren musste. Ich verlangte Waffenlosigkeit der Sturmabteilungen und verbot alle militärischen Übungen. Da das Deutsche Volk eine innere Liebe zur Waffe besitzt,

war das natürlich sehr schwer durchzuführen. Jeden Versuch einer Zersetzung des Reichsheeres halte ich für Wahnsinn, Aberwitz und für das grösste Verbrechen am Deutschen Volk. Ich würde jeden, der mit dem Gedanken einer Zersetzung des Reichsheeres spielt, zur Verantwortung ziehen. Ich habe nur den Wunsch, dass das Deutsche Volk von einem neuen Geist beseelt wird, aber es ist selbstverständlich, dass eine politische Bewegung, die den Staat erobern will, an die Spitze ihres Programms den Wehrgedanken setzt. Über den Schutz des Staates geht jeder Schutz der Nation: Wer also die Reichswehr zersetzt, ist nicht ein Feind des Staates, sondern ein Feind der Nation."

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt Hitler, dass kein Befehl von seinen Leuten befolgt zu werden brauchte, der irgendwie gegen die gültigen Gesetze verstosse. "Ich habe oftmals aus diesem Grunde scharf durchgreifen und verdiente Parteigenossen aus der Partei ausschliessen müssen." Der Vorsitzende fragt weiter, ob zu diesen Ausgeschlossenen auch Gregor Strasse gehöre. Hitler berichtet, dass es sich da um Otto Strasser handle, der Gedanken und Tendenzen der gewaltsamen revolutionären Bewegung vertreten habe, die er nicht habe billigen können. Schliesslich hält der Vorsitzende Hitler folgendes Zitat vor: "Wenn unsere Bewegung siegt, so werden noch Köpfe in den Sand rollen". Hitler antwortet: "Allerdings glaube ich, dass, wenn unsere Bewegung siegt, auch ein Staatsgerichtshof kommen wird, durch den der November 1918 seine Sühne finden wird, und dann werden auch Köpfe rollen..... Wenn wir von dem Begriff der nationalen Revolution reden, so denken wir ganz allgemein an die politische Erhebung des Deutschen Volkes überhaupt. Wir denken dabei auch an die Friedensverträge, die wir nicht als zu Recht bestehend und als Gesetz ansehen können. Wir werden gegen die Friedensverträge mit allen Mitteln Stellung nehmen und werden uns allerdings in diesem Moment in einer nationalen Revolution befinden. Wir werden gegen die Friedensverträge nicht nur auf diplomatischem Wege Stellung nehmen, sondern auch - ich erkläre das hiermit feierlichst - indem wir sie restlos umgehen."

-----  
SPD. Wien, 25. September (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Schober ist am Donnerstag-Nachmittag zurückgetreten. In parlamentarischen Kreisen betrachtet man es als selbstverständlich, dass Vaugoin die Neubildung des Kabinetts übernimmt. Als Aussenminister der neuen Regierung wird Seipel genannt.

-----  
SPD. Leipzig, 25. September (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag-Nachmittag um  $\frac{1}{6}$  Uhr beschwor Hitler im Leipziger Ver-  
schwörerprozess die Legalität seiner politischen Absichten. Im nächsten Augenblick verliess der Vertreter des Reichsinnenministeriums den Saal. Der Vertreter der deutschen Republik glaubt nicht an Herrn Hitler. Der Vertreter der deutschen Republik fühlt sich vom obersten deutschen Gericht brüskiert.

+  
Nur gelegentlich ist am Donnerstag von den Angeklagten und ihrer Tat die Rede; Nur gelegentlich wird unmittelbar zum Beweisthema des Prozesses gesprochen: wer hat die Reisen der Angeklagten finanziert, in welchem Zusammenhang standen diese Reisen mit den Ergebnissen der Münchener Besprechung, was ist in München eigentlich gesagt worden? Die Angeklagten behaupten, die Reisen von ihrem eigenen Geld bezahlt zu haben; aber was sich in München tatsächlich abgespielt hat, das wird aus ihren Aussagen nicht ganz klar. In einem unbedachten Moment behauptet Ludien, dass der Schriftleiter Weiss vom "Völkischen Beobachter" ihn mit den Worten verabschiedet habe: "Dann sehen sie mal zu, was sie in der Reichswehr machen können"; diese Behauptung deckt sich auch mit den in der Voruntersuchung gemachten Angaben, durch die die Absicht, in der Reichs-

wehr für die Nationalsozialisten zu werben, zugegeben worden ist. Wie Ludien merkt, was er mit dieser Bestätigung der Voruntersuchungsaussage angerichtet hat, widerruft er schnell alles, behauptet sich in der Voruntersuchung falsch und heute ungenau ausgedrückt zu haben. Ludiens Verteidiger, Rechtsanwalt Sack, versucht den schlechten Eindruck des merkwürdigen Zwischenspiels zu verwischen, indem er noch einmal die nationalsozialistischen Zeugen Weiss, Wagner und Pfeffer aufrufen und aussagen lässt - die Herren wollen nichts gesagt haben, es scheint so, dass sie Ludien, für das, was sie höhere Politik nennen, fallen lassen wollen. Und Ludien sieht jetzt wohl ein, dass er allein auf weiter Flur steht, wenn er ganz ehrlich ist. Betrübt setzt er sich auf seinen Platz zurück.

Später hat Ludien Glück. Dem Oberreichsanwalt war die sehr belastende Aussage eines Strafgefangenen Bauer zugeleitet worden, demgegenüber sich Ludien am 20. September auf dem Gefängnishof über Putschabsichten der Nationalsozialisten ausgesprochen haben soll. Pflichtgemäss musste der Oberreichsanwalt auf Aufklärung Wert legen. Es stellte sich jedoch heraus, dass der Strafgefangene Bauer nicht nur vielfach wegen Urkundenfälschung und Betrugereien vorbestraft ist, sondern das Gutachten des medizinischen Sachverständigen, der vor Gericht als Zeuge vernommen wird, ergibt auch, dass Bauer, der schon wiederholt in einer Irrenanstalt interniert war, schwerer Psychopath und vollkommen unglaubwürdig ist. Auf die Aussage des Zeugen Bauer wird schliesslich verzichtet.

Wen könnte über Herrn Hitler, den Sensationszeugen des Tages, ein medizinisches Gutachten interessieren? Wie dieser Mann, der die Verworrenheit zum Symbol seiner Bewegung und die Platttheit zum Prinzip seiner Reden erhoben hat, so viel Popularität, ja sogar Verehrung geniessen kann, erscheint umso seltsamer, je öfter man ihn hört. Mit seiner Leipziger Rede hat Hitler nachweislich seine gesamte Vergangenheit verleugnet und abgeschworen. Keine Revolution mehr? Kein gewaltsamer Umsturz mehr? Kein Putsch? Kein Marsch nach Berlin? Wie enttäuscht müssen die Anhänger des grossen Adolf sein, deren ständiges Gebet im Wesen lautet: unser täglich Blut gib uns heute!

Angenehm sticht gegen das Pathos Hitlers, gegen dessen Theatralik der Vorsitzende wiederholt rügend einschreitet, die Sachlichkeit des von der Oberreichsanwaltschaft als Gegenzeugen geladenen Staatssekretärs Zweigert vom Reichsinnenministerium ab. Staatssekretär Zweigert soll darüber vernommen werden, wie weit Tatsachenmaterial vorhanden ist, das die umstürzlerischen Absichten der Nationalsozialisten beweist. Staatssekretär Zweigert führt aus:

"Das Reichsministerium des Inneren ist im Besitz von umfangreichem Material, aus dem sich nach seiner Ansicht ergibt, dass die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei schon seit Jahren umstürzlerische Ziele verfolgt. Das Material ist niedergelegt in einer Denkschrift des Reichsministeriums des Innern, die eine Übersicht über die Entwicklung der Partei und eine Zusammenstellung von Äusserungen ihrer Führer enthält. Die Denkschrift ist von dem Reichsminister des Innern dem Oberreichsanwalt zu der beim Reichsgericht schwebenden Untersuchungssache gegen Dr. Goebbels eingereicht. Das Material ist ferner vorgebracht in dem Rechtsstreit, der zwischen dem Reich und Thüringen vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anhängig ist. Wenn der hohe Senat eine Feststellung, ob die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei umstürzlerische Ziele verfolgt, im Rahmen des jetzigen Verfahrens für geboten erachtet, dann muss ich anheimstellen, das von mir bezeichnete Material heranzuziehen und zum Gegenstand der Verhandlung zu machen. Das Reichsministerium des Innern hat Material dafür, dass der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, vor dem sogenannten Hitler-Putsch gegenüber zuständigen bayerischen Stellen Loyalitätserklärungen in seinem Sinne abgab, dass er keinen Putsch machen werde; er hat dies auch ehrenwörtlich versprochen. Trotzdem hat Hitler am 9. November 1923 den bekannten Putsch in München ins Werk gesetzt, weswegen er vom Volksgericht in München zu fünf Jahren Festung verurteilt worden ist. Das Material hierüber steht zur Verfügung."

Der Vorsitzende hält Zweigert vor, dass Hitler gesagt habe, dieser Putsch wäre gegen seine Absicht gewesen. Wenn in gewissen Schriften von einer Revolution gesprochen worden wäre, dann wäre, nach den Aussagen Hitlers, immer nur von einer geistigen Revolution die Rede gewesen. Hitler habe erklärt, sagt der Vorsitzende weiter, dass er eine illegale Betätigung zur Erreichung seiner Ziele verpöne.

Staatssekretär Dr. Zweigert verwarft sich dagegen, dass zum Beweise der Unrichtigkeit der Behauptung des Reichsministeriums des Innern die Aussage des Führers der Bewegung allein genüge. Allerdings hätten prominente Führer der NSDAP wiederholt die Erklärung abgegeben, dass ihnen Gewalt fern läge. Trotzdem müsse aber das Reichsministerium des Innern an der Auffassung festhalten, dass das Gesamtbild der nationalsozialistischen Betätigung zu dem Schluss nötige, dass die NSDAP nicht nur auf legalem Wege auf eine Änderung der bestehenden Verhältnisse hinarbeite. Übrigens enthalte die erwähnte Denkschrift auch nur Material aus den letzten drei Jahren.

Nach Ausführungen des Vorsitzenden, der gern zum eigentlichen Beweisthema der Schuld oder Unschuld der angeklagten Leutnants zurückkehren möchte, und nach weiteren Erklärungen des Oberreichsanwalts, der eine Fortsetzung der Aussagen des Vertreters des Reichsinnenministeriums für nötig hält, erhebt sich Rechtsanwalt Frank. Zweifellos ist es Rechtsanwalt Frank, im Gegensatz zu seinem Mitverteidiger Rechtsanwalt Sack, in diesem Prozess viel mehr um die Politik und um die Rechtfertigung Hitlers zu tun, als um seinen Mandanten. Pathetisch ruft Frank in den Saal: "Wir verlangen Tatsachen und Tatzeugen, Herr Staatssekretär, zum Nachweis unserer illegalen Absichten! Was wir hören sollen sind ja die Äusserungen von bezahlten Vertretern eines absterbenden Systems. (Lachen im Zuschauerraum; Rechtsanwalt Frank wird wegen seiner Ausdrucksweise vom Vorsitzenden gerügt). Wir halten die Methoden des Reichsinnenministeriums für unhaltbar! Sie haben kein Material, um die Aussagen des Zeugen Hitler zu erschüttern! Sie haben kein Material gegen uns!"

Staatssekretär Zweigert: "Unsere Denkschrift ist eine Sammlung von Material, das uns von amtlichen Stellen zugeleitet worden ist. Welche Folgerungen daraus zu ziehen sind, hat das Gericht zu entscheiden."

Rechtsanwalt Frank: "Ich bestreite grundsätzlich die Richtigkeit des Materials des Reichsinnenministeriums und insbesondere die Richtigkeit der materiellen Schlussfolgerungen."

Es wird dann in die Mittagspause eingetreten. Um vier Uhr nachmittags werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung beantragt der Oberreichsanwalt, die Zeugen Hitler, Pfeffer, Wagner und Weiss nicht zu vereidigen bzw. ihre Verteidigung bis nach Schluss der Beweisaufnahme auszusetzen. Der Oberreichsanwalt hält den Verdacht für begründet, dass die Angeklagten nach ihrer Münchener Besprechung doch hätten der Meinung sein können, dass die führenden Leute der NSDAP Umsturzversuche in der Reichswehr unterstützen würden. Ausserdem befände sich eine Anzeige gegen Hitler wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens im Stadium der Erhebung. Der Oberreichsanwalt betonte, dass er keine Veranlassung sehe, Herrn Hitler Gelegenheit zu geben, einen Reinigungseid zu leisten. Einen bereits in der Vormittagssitzung eingebrachten Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Frank auf Ladung von Goebbels und Goering beantragt der Oberreichsanwalt als unerheblich abzulehnen.

Rechtsanwalt Sack besteht auf der Vereidigung der nationalsozialistischen Zeugen Hitler, Pfeffer, Weiss und Wagner. Zu der Hochverratsanzeige, die gegen Hitler schwebt, habe man bis jetzt die subjektive Meinung des Herrn Zweigert gehört. Aber nur Kraft eigenen Urteils könne der hohe Senat die Frage beantworten, ob der Zeuge Hitler zu vereidigen wäre oder nicht.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Kanecke schliesst sich diesen Ausführungen an. Kanecke behauptet, dass die Aussagen der Zeugen Weiss, Wagner und Pfeffer über den Verlauf der Münchener Unterredung nicht in Widerspruch stünden mit den Aussagen der Angeklagten Scheringer und Ludien. Die Angeklagten hätten

allenfalls zugegeben, dass sie ihre Kameraden für die Idee des Nationalsozialismus interessieren wollten, hätten aber keinesfalls zugegeben, und es wäre bis jetzt auch nicht bewiesen, dass sie nationalsozialistische Zersetzungsarbeit in der Reichswehr hätten betreiben wollen. Das Ermittlungsverfahren gegen Hitler schwebe im übrigen bereits seit März 1929. Es könne also nicht sehr viel an ihm dran sein.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Frank verlangt gleichfalls die Vereidigung der Zeugen. Der Verdacht der Teilnahme an einem Umsturzunternehmen könne gegen sie nicht geltend gemacht werden. Würde die Vereidigung auf Grund der vagen Behauptungen einer Reichsbehörde hin (!) abgelehnt werden, so wäre das ein Schimpf für die Zeugen, der unbedingt zurückgewiesen werden müsse. Würde der hohe Senat auf der Aussetzung der Vereidigung bestehen, so müsste die Vereidigung auf Vorlegung des Materials des Reichsinnenministers und auf den Beweis für die Richtigkeit dieses Material bestehen. Punkt für Punkt würde aber die Vereidigung in der Lage sein, diese Richtigkeit zu widerlegen.

Das Gericht zieht sich zur Beratung über die Vereidigung der Zeugen zurück. Diese Beratung dauert etwa eine Viertelstunde. Dann wird folgender Beschluss verkündet :

"Der Zeuge Adolf Hitler ist auf seine Aussage zu vereiden. Die Vereidigung der Zeugen Pfeffer, Weiss und Wagner wird ausgesetzt bis zum Schluss der Beweisaufnahme. Der Antrag auf Vernehmung von Dr. Goebbels und Hermann Goering als Zeugen wird abgelehnt. Ihre Aussagen würden in der vorliegenden Strafsache unerheblich sein. Wenn man nun fragen sollte, ob nicht auch aus dem gleichen Grunde mit Hitlers Vereidigung vorläufig gewartet werden müsse, so sei darauf zu antworten, dass Hitler als Parteiführer doch wichtige Aufschlüsse über den vorliegenden Tatbestand der Anklage hätte geben können: Aufschlüsse sowohl in der Richtung, ob eine Finanzierung des Unternehmens durch die NSDAP erfolgt wäre, ferner Aufschlüsse auch darüber, ob eine parteimässige Einwirkung auf die Angeklagten stattgefunden habe. Ich bitte sie, Herr Adolf Hitler, vorzutreten!"

Hitler, der in der ersten Sitzreihe Platz genommen hat, tritt vor den Richtertisch. Langsam schwört Hitler die Eidesformel nach... In diesem Augenblick erhebt sich Staatssekretär Zweigert von seinem Platz und bittet um seine Entlassung. Er sagt: "Nach dem soeben verkündeten Beschluss scheint meine Anwesenheit zwecklos zu sein."

Der Vorsitzende legt auf die Anwesenheits Zweigerts keinen Wert mehr. Der Vertreter des Reichsministeriums des Inneren verlässt den Saal. Die anderen Vertreter des Ministeriums schliessen sich ihm an.

---

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird am Freitag, den 3. Oktober zur politischen Lage Stellung nehmen.

---

SPD. Paris, 25. September (Eig. Drahtb.)  
Der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, hat am Donnerstag offiziell sein Amt zur Verfügung gestellt. Zu seinem Nachfolger wird der stellvertretende Gouverneur Clement Moret ernannt werden. Die Kandidatur des Budgetministers, Germain Martin ist von Tardieu abgelehnt worden, weil er eine Umgestaltung seines Kabinetts vermeiden wollte.

Der neue Leiter der Bank von Frankreich ist aus der Finanzverwaltung hervorgegangen. Von 1920 bis 1924 hatte er den Posten des Finanzdirektors für Elsass-Lothringen inne. Er übernahm dann die Leitung der Staatsschuldenverwaltung im Finanzministerium, wo er aufs wirksamste an dem Sanierungswerk Poincarés mitarbeitete. 1928 trat er in das Direktorium der Bank von Frankreich ein. Moret steht heute im 45. Lebensjahre.

---

SPD. Von einem "Krach in der Hitlerfraktion" des Reichstags weiss der Berliner "Nationalsozialist" am Donnerstag zu berichten. Das Blatt schreibt:

"Hitler hat Dr. Goebbels die Führung der Reichstagsfraktion der Hitlerpartei übertragen und damit nicht nur den bisherigen Fraktionsvorsitzenden Dr. Frick sondern auch den nach Fricks Ministerernennung tatsächlichen Fraktionsvorsitzenden Stöhr aufs schwerste vor den Kopf gestossen. Diese persönliche Verstimmung wird unterstützt durch die schweren Bedenken, die ein Teil der Reichstagsfraktion gegen die Person und die Fähigkeit Dr. Goebbels erheben. Als nächste Folge haben sämtliche Mitglieder der "alten" Fraktion - mit Ausnahme Goerings - einen Schritt bei Hitler gegen Dr. Goebbels unternommen, worin sie insbesondere auch darauf hinwiesen, dass es unmöglich sei, einen Mann herauszustellen, der sich öffentlich ein dutzendmal einen "abgefeimten Lügner" hatte nennen lassen, ohne zu klagen, wobei festzustellen ist, dass die Fraktion von der Richtigkeit der Vorwürfe gegen Goebbels unterrichtet ist. Für den Fall, dass Hitler trotzdem die Ernennung von Goebbels aufrecht erhielt, erklärten die alten Abgeordneten (die so ziemlich die einzigen Qualitäten der Hitlerfraktion umfassen!), dass sie unter Dr. Goebbels kein Amt in der Fraktion annehmen würden. Wesentlich verschärft wurde die ganze Angelegenheit noch durch die Ankündigung von Dr. Goebbels, dass er beabsichtige, seinen bisherigen Gaugeschäftsführer Wilke, so ziemlich den bestgehassten Mann der Berliner Gauführung, zum Fraktionssekretär zu machen, um sich innerhalb der Fraktionsbürokratie ein gefälliges Werkzeug zu sichern."

"Der nunmehr ausgebrochene offene Konflikt Stöhr-Goebbels, der seit Monaten unter der Decke schwelte, ist aber vor allem auch ein Anzeichen für die sozialen Konflikte innerhalb der Hitlerpartei. Denn gerade Stöhr und seine Freunde (u.a. Reventlow, Dreher, Gregor Strasser, Wagner) sind es seit Jahren, denen es mit den sozialistischen Zielen der Partei ernst war und trotz aller "Taktik" mindestens innerlich noch ernst ist. Dazu kommt, dass sich in der neuen Hitlerfraktion 17 Mitglieder des D.H.V. befinden, zu dessen Führern bekanntlich Stöhr gehört, gegen die sich seit langem der Angriff des "Völkischen Beobachters" richtet."

-----

SPD. Paris, 25. September (Eig. Drahtb.)

Der Riesenskandal, der vor zwei Jahren um die Präsidentin der berühmten "Gazette du Franc", Madame Hanau, entstand und ganz Frankreich dadurch in Aufregung versetzte, dass er die allerersten politischen Persönlichkeiten, sowie bekannte Finanzgrössen mit in die Schmutzaffäre zog, wird am Sonnabend ein stilles aber groteskes Ende nehmen. An diesem Tage werden die Gläubiger der "Gazette du Franc", 2500 an der Zahl, vor dem Pariser Handelsgericht erscheinen und die von Frau Hanau vorgeschlagene Einigung - zur Kenntnis nehmen.

Frau Hanau ist hinsichtlich der bevorstehenden Einigung mit ihren Gläubigern sehr optimistisch. Nach ihrer Rechnung werden von den 2500 geprellten Kunden höchstens 30 gegen ihren Einigungsvorschlag stimmen. Weitere 200 würden durch Stimmenthaltung leise protestieren. Da Frau Hanau ihren Gläubigern volle Entschädigung - es handelt sich um insgesamt 115 Millionen Franken - in Aussicht stellt, ist anzunehmen, dass sich ihr Optimismus bestätigt. Welches unglaubliche Vertrauen der tüchtigen Dame im übrigen entgegengebracht wird, beweist schon der Umstand, dass es die Gläubiger selbst waren, die die Kautions von 800 000 Franken aufgebracht haben, um die Präsidentin aus der Haft zu befreien. Mit ihrer Hilfe ist es Frau Hanau in der Zwischenzeit gelungen, wieder ein neues, auf gleich schwankender Grundlage wie die selige "Gazette du Franc" aufgebautes Finanzblatt, die "Forces" zu gründen und auf einem der schönsten Pariser Plätze ein Bürohaus zu kaufen. Die Dummen werden eben niemals alle....

-----



SPD. Warschau, 25. September (Eig. Drahtb.)

Die Massnahmen Pilsudskis gegen die Oppositionsführer haben das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erreicht und zum Zusammenschluss der Regierungsgegner geführt. In Ostgalizien marschieren z.B. auch die rechtsstehenden Nationaldemokraten mit dem Block der oppositionellen Arbeiter und Bauern. Im Lodzer Bezirk haben sich die deutschen Sozialisten dieser Einheitsfront der polnischen Opposition angeschlossen.

Wie der "Robotnik" am Donnerstag mitteilt, haben die verhafteten Parlamentarier vor ihrer Festnahme noch rechtzeitig die gesetzlichen Formalitäten erfüllt, die zur Annahme einer Kandidatur erforderlich sind. Ihre Absperrung von der Aussenwelt wird also nicht genügen, um ihre Wiederwahl zu verhindern.

SPD. Paris, 25. September (Eig. Drahtb.)

In Frankreich gibt es nach Schätzungen des französischen Arbeitsministers Laval augenblicklich ungefähr 25 000 Arbeitslose. Dieses Kontingent stellt jedoch keine vom Staat ständig unterstützte Arbeitermasse dar. In den 28 vom Staat unterstützten Kommunalkassen erhoben vielmehr in der letzten Woche nur 904 Arbeiter Unterstützungen, während bei den offiziellen Arbeitsvermittlungstellen in der gleichen Frist 2 140 Arbeitsgesuche einliefen.

SPD. Genf, 25. September (Eig. Drahtb.)

Rat und Vollversammlung des Völkerbundes nahmen am Donnerstag die bedeutungsvolle Wahl der Richter zum Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag vor. Zum ersten Male seit dem Bestehen des Völkerbundes wurden sämtliche Richter zu gleicher Zeit auf 9 Jahre gewählt. Unter grösster Spannung wurde verkündet, dass gleich im ersten Wahlgange 14 der aufgestellten Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten hatten. Von 52 abgegebenen Stimmen erhielten: Adatci-Japan 49, Altamira y Crevea-Spanien 38, Anzilotti-Italien 40, Bustamente y Sirven-Kuba 31, van Eysinga-Holland 38, Fromageot-Frankreich 40, Guerrero-Salvador 38, Sir Cecil Hurst-England 40, Kellogg-USA 25, Negulescu-Rumänien 30, Rolin-Jacquemyns-Belgien 38, Rostworowski-Polen 34, Schücking-Deutschland 34, Wangchung-Hui-China 32.

Zur Wahl des 15. Richters brauchte die Vollversammlung noch vier weitere Wahlgänge, bis endlich Urrutia-Kolumbien die absolute Mehrheit erzielte. Zu Beginn der Nachmittagssitzung wurde das Ergebnis der gleichzeitig im Rat stattgefundenen Wahl bekannt gegeben. Darnach hatten die ersten 14 in der Vollversammlung gewählten Kandidaten im Rate ebenfalls die erforderliche Mehrheit erhalten, indessen hatte der Rat als 15. Richter Cruchaga-Tocornal-Chile gewählt. Der Präsident der Vollversammlung erklärte sofort die 14 vom Rat und der Vollversammlung gewählten Kandidaten zu ständigen Richtern.

In fünf weiteren Wahlgängen erlangte dann kein Kandidat die absolute Mehrheit, bis endlich im sechsten Hammerskjöld-Norwegen über Urrutia-Kolumbien triumphierte. Der Rat hatte Urrutia die Mehrheit gegeben und so begannen beide Körperschaften die Wahl von neuem. Der nächste Wahlgang brachte die Entscheidung, Vollversammlung und Rat gaben Urrutia die absolute Mehrheit. Damit erhalten die lateinamerikanischen Staaten wieder drei Sitze im Gerichtshof, während die skandinavische Gruppe, die bisher durch Hammerskjöld-Norwegen vertreten war, leer ausgegangen ist.

Bei der Wahl der vier Ersatzrichter erhielt im ersten Wahlgang der Vollversammlung nur Redlich-Österreich die absolute Mehrheit. Bei der zweiten Abstimmung wurden Erich-Finnland und Novakovitsch-Jugoslawien gewählt. Der dritte Gang war ergebnislos, im vierten wurde Menezes-Brasilien gewählt. Der

Rat hatte Erich, Redlich und Novakovitsch ebenfalls bestimmt, die sofort zu Ersatzrichtern erklärt wurden. Beim vierten Wahlgang erhielt Matte-Portugal die Mehrheit in der Versammlung, während der Rat Menezes-Brasilien gewählt hatte.

-----  
SPD. Brüssel, 25. September (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag begann vor dem Brüsseler Schwurgericht der Prozess gegen den jungen italienischen Antifaschisten de Rosa, der vor Monaten gegen den italienischen Kronprinzen Umberto anlässlich dessen Verlobung mit der belgischen Königstochter ein Attentat verübte. Der Saal ist bis auf den letzten Platz gefüllt. Hunderte von Personen konnten keinen Einlass mehr finden.

De Rosa ist ein blonder junger Mann von angenehmem und intelligentem Aussehen. Sein ruhiges Wesen und die unaufdringliche Aufrichtigkeit seiner Ausführungen, verschaffen ihm die Sympathie aller Anwesenden, vermutlich auch des Gerichts und der Geschworenen. Die Anklage gegen ihn schildert in leidenschaftsloser Form das Vorleben des Angeklagten, sowie die Begleitumstände der Tat. Unter den Zeugen für die Verteidigung befindet sich eine ganze Reihe von hervorragenden Persönlichkeiten internationalen Rufes. Es sind der frühere italienische Ministerpräsident Nitti, der frühere italienische Arbeitsminister Labriola, die italienischen Sozialistenführer Turati und Modigliani, der frühere Chefredakteur des "Avanti", Pietro Nenni, ferner Professor Salvemini und Professor Ferrari von der Universität Löwen geladen.

In einfacher klarer Weise, fast als ob es sich nicht um ihn selbst, sondern um eine andere Person handele, setzt der Angeklagte im Verlauf des Prozesses ruhig auseinander, wie ein junger Mann wie er, der gute Erziehung genossen hat, in monarchistischen Grundsätzen erzogen, ja sogar als 12 jähriger Knabe in eine faschistische Organisation eingereiht war, dazu kam, dem Faschismus den Rücken zu kehren, dessen erbitterter Gegner zu werden und auch den Entschluss fasst, den Kronprinzen zu töten. Im 16. Lebensjahr begann er zu begreifen, welche Verbrechen im Namen des Faschismus begangen wurden. Das Gemetzel von Turin hatte ihn angewidert, weil es sich nicht um einen Bürgerkrieg handelte, sondern um ein kaltblütiges Hinmorden harmloser und unbewaffneter Personen durch bewaffnete und uniformierte Banden. Er hat selbst zusehen müssen, wie harmlose Bauern mit Stöcken geschlagen wurden und ihnen Pfeffer in die Augen gestreut wurde, nur weil sie gesagt hatten, sie würden für die Volkspartei stimmen. Dann kam die Ermordung Matteottis und der gewaltsame Tod des liberalen Führers Amendola. De Rosa selbst, der sich inzwischen offen gegen den Faschismus geäußert hatte, musste sich deshalb Vergewaltigungen und Demütigungen gefallen lassen. Er sah wie Kriegskrüppel von Gendarmen geschlagen wurden, nur weil sie anlässlich einer Demonstration "Hoch Italien" gerufen hatten. Da kam er zu der Überzeugung, dass es seine Pflicht sei, sein Land aus den Krallen seines Peinigers zu retten. Er wurde Sozialist und arbeitete für die illegale Presse. In einem freien Land, erklärte er, würde er die Anwendung von Gewalt bekämpfen. Er glaube aber, dass ein Volk, das aller Freiheit beraubt ist, das Recht hat, zur Gewalt und zum Aufstand zu schreiten. Hier unterbricht der Gerichtspräsident den Angeklagten mit der Bemerkung, dass die Ermordung des Kronprinzen doch nichts an dem faschistischen Regime geändert und nur furchtbare Vergeltungsmassnahmen provoziert hätte. "Ich kann in diesem Punkt Ihre Ansicht mit teilen", erwiderte de Rosa, "die Beseitigung des Königs, des Kronprinzen und Mussolinis würde von unermesslichen Folgen für die Lage in Italien sein. Ich kann die Ansicht nicht teilen, dass die Monarchie, und insbesondere der Kronprinz für die Unterdrückung des italienischen Volkes nicht verantwortlich sind. Der König hat geschworen, die Verfassung zu achten, die die Freiheiten des italienischen Volkes garantiert. Er hat seinen Eid ge-

brochen. Was den Kronprinzen anbetriift, so sind mir seine wahren Gefühle an dem Tage deutlich geworden, als er sich öffentlich in der faschistischen Uniform zeigte und ostentativ für die faschistische Partei seine Stimme abgab, wozu doch italienische Prinzen sonst nie an Wahlen teilzunehmen pflegen. Damit hat er öffentlich seine Zustimmung zum faschistischen Regime bekundet und die Unterdrückung seines Volkes gutgeheissen."

De Rosas Darstellung spitzt sich dramatisch zu, als er seine Empfindungen am Vorabend der Tat und im Augenblick der Ausführung schilderte. Er irrte in den Strassen der ihm fremden Stadt umher, um seine Nerven zu beruhigen und seine Gedanken zu sammeln. Er fing an zu zaudern und beschloss sogar, den Plan des Prinzenmordes aufzugeben. Aber im Bett las er zufällig gewisse Seiten in einem Buche des italienischen Patrioten Mazzini, unter deren Wirkung ihn alles Zaudern verliess und er beschloss den Prinzen zu töten. Er stellte sich in die Menge vor das Denkmal des Unbekannten Soldaten auf, wo der Kronprinz einen Kranz niederlegen sollte. Er wählte diesen Ort, weil er annahm, der Prinz werde da fast unbegleitet sein und die Gefahr nur gering, dass Unschuldige getroffen werden konnten. Endlich erschien der Prinz. De Rosa sprang einige Schritte vor und feuerte einen Schuss in die Luft mit der Absicht, den um den Prinzen stehenden Personen die Möglichkeit zu geben, sich zu entfernen. Das sei nämlich die Erfahrung, fügte er mit leisem Spott hinzu, die man in Italien in der Umgebung hochgestellter Personen gemacht habe. Plötzlich habe er den Prinzen aus den Augen verloren. Zu gleicher Zeit fiel sein Hut zu Boden und er hatte das Gefühl, in eine lächerliche Lage geraten zu sein. Er verlor das Gefühl der Richtung und als er den zweiten Schuss abfeuerte, war seine einzige Sorge, keine andere Person als die des Prinzen zu treffen. Dann erhielt er einige Schläge und verlor das Bewusstsein. De Rosa schliesst mit der Erklärung, dass Mussolini und das faschistische System dafür verantwortlich sind, dass er zur Begehung des Attentates gedrängt wurde.

Die Ausführungen und die Darstellungsart de Rosas haben im allgemeinen einen vorzüglichen Eindruck hinterlassen. Nach ihm wurden zahlreiche Zeugen, die sich alle auf die Schilderung der Begleitumstände der Tat beschränkten, vernommen. Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt.

-----

SPD. Köln, 25. September (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag-Nachmittag wurde die verstorbene preussische Landtagsabgeordnete Elisabeth Kirschmann-Röhl beerdigt. Eine nach Tausenden zählende Menge gab der Verstorbenen das letzte Geleit. Am Grabe sprachen Vertreter der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der Arbeiterwohlfahrt. Besonders hervorgehoben wurden ihre Verdienste um den Immenhof in der Lüneburger Heide. Für die Preussische Landtagsfraktion sprach Abg. Heilmann-Berlin der Verstorbenen tiefempfundenen Dank aus.

-----

SPD. New York, 25. Sept., (Eig. Drahtb.)

In Thomsville (Georgia) stürmte am Donnerstag morgen ein wild erregter Mob das Ortsgefängnis, ergriff einen jungen, des Sittlichkeitsverbrechens an einer weissen Frau beschuldigten Neger und lynchte ihn. Die Behörden verhielten sich dem Treiben gegenüber völlig passiv.

-----

SPD. Köln, 25. September (Eig. Drahtb.)

Der durch den heimtückischen Mord an dem Arbeiter Classen in Köln bekannt ehemalige Kommunist und jetzige Nationalsozialist Conrad wurde vom Schnellrichter in Bonn zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Classen wurde am 8. August in einer nationalsozialistischen Versammlung erwischt, als er im Begriffe war, mit einem zugeklappten Taschenmesser einen politischen Gegner niederzuschlagen.

Wegen der Mordtat in Köln wird sich Classen in nächster Zeit vor dem Schwurgericht zu verantworten haben.

SPD. New York, 25. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die Erklärungen Hitlers im Leipziger Verschwörerprozess haben in New York stärkste Beachtung gefunden. Die Presse und verantwortliche Kreise vertreten allgemein die Auffassung, dass eine Regierungskoalition mit den Nationalsozialisten angesichts der offenen republikfeindlichen Äusserungen Hitlers undenkbar sei. Die Rückwirkungen auf das Ausland würden katastrophal sein. Die Auffassung gewinnt immer mehr an Boden, dass das Ausland nicht gewillt ist, sich durch wilde vertragsfeindliche Redensarten einschüchtern zu lassen. Das Revisionsgeschrei der zweitstärksten Partei muss im Gegenteil die ausländischen zur Revision geneigten Elemente nur kopfscheu machen und zur Verschärfung der allgemeinen Lage führen.

SPD. Genf, 25. September (Eig. Drahtb.)

Die französisch-italienischen Flottenverhandlungen sind abgebrochen worden. Jetzt beschuldigen sich beide Parteien gegenseitig des schlechten Willens. Von englischer Seite dürfte nochmals ein Versuch gemacht werden, die Parteien noch vor der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz im November zu neuen Verhandlungen zu veranlassen.

SPD. Brüssel, 25. September (Eig. Drahtb.)

Der belgische Sozialistenführer de Brouckere schliesst eine Betrachtung über die deutschen Wahlen im "Peuple" wie folgt :

"So sehr wir für eine Politik der Verständigung und der Freundschaft mit allen Völkern, die den guten Willen zeigen, eintreten müssen und wollen, so sehr müssen wir andererseits zu verhindern suchen, dass unsere Regierungen, sei es aus Furcht, sei es aus verdächtigen Beweggründen den Erpressungen oder Drohungen von faschistischen Banden nachgeben, die in diesem oder jenem Lande die Macht ergreifen. Ich bin überzeugt, dass viele Deutsche schliesslich für Hitler gestimmt haben, weil die Ententeländer sich fast systematisch den reaktionären deutschen Regierungen entgegenkommender gezeigt haben, als den entschlossen pazifistisch und republikanischen Regierungen gegenüber. Diese Politik müssen wir jetzt mit allen Kräften bekämpfen. Rückhaltlose Freundschaft für das demokratische Deutschland, für das demokratische Italien von morgen. Tatkräftige Freundschaft, die im Interesse einer engeren, vertrauensvolleren Zusammenarbeit auf der Grundlage voller Gleichberechtigung auch vor kühnen Handlungen nicht zurückschreckt. Freundschaft unter allen Umständen für das deutsche, für das italienische Volk, aber Zurückhaltung und berechtigtes Misstrauen gegen Mussolini, gegen Hitler, wenn es ihm gelingen sollte, in Deutschland zur Regierung zu kommen. Wenn wir den Faschismus bei uns zu Hause bekämpfen, dann müssen wir ihn auch ausserhalb der Grenzen zu bekämpfen wissen. Er ist überall der Feind und ihm die Schlacht zu liefern, ist gemeinsame Pflicht aller Völker."

SPD. London, 25. September (Eig. Drahtb.)

Die Rede Hitlers vor dem Reichsgericht wird in der Londoner Abendpresse in grosser Aufmachung wiedergegeben. Anschliessend veröffentlichen die Blätter, die von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Oswald Schumann auf dem internationalen Transportarbeiterkongress vorgetragene Absicht, dass die deutsche Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterbewegung stark genug seien, sich der faschistischen Gefahr zu erwehren.

Der "Daily Herald" ist der Ansicht, die Anhänger Hitlers müssten von dessen Rede schwer enttäuscht sein. Denn der Führer der Nazis habe das "Dritte Reich" einstweilen bis zu den kommenden dritten oder vierten Reichstagswahlen vertagt. Hitler denke trotz aller Blut-Phrasen mehr an das Parlament als an das Pogrom.

-----

SPD. Prag, 25. September (Eig. Drahtb.)

Trotzdem die Prager Polizeidirektion am Donnerstag durch eine Bekanntmachung alle Ansammlungen unter strenge Strafe gestellt hat und die Aufführung der deutschen Tonfilme bis auf weiteres eingestellt wurde, versuchten faschistische Elemente auch am Donnerstag-Abend die Demonstrationen fortzusetzen. Zu grossen Ansammlungen kam es insbesondere auf dem Wenzelsplatz, wo die Menge die Polizei bedrohte.

Im Parlament kam es am Donnerstag wegen der Demonstrationen zu heftigen Zusammenstössen zwischen einem nationalen und einem tschechisch-faschistischen Abgeordneten. In der Freitag-Ausgabe des "Pravo Lidu" verurteilt der sozialistische Abgeordnete Stávin die Demonstrationen auf das entschiedenste.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Aus aller Welt

Gericht im Dunkel.

Berufungsprozess Frenzel - unter Ausschluss der Presse!

SPD. Am Donnerstag vormittag begann vor dem Landgericht Potsdam die Berufungsverhandlung im Prozess gegen den Amtsvorsteher von Bornim, Artur Frenzel, der vor Monaten wegen Blutschande, begangen an seinen noch minderjährigen Töchtern Hildegard und Gertrud, zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Der Prozess hatte gewaltiges Aufsehen erregt. Die Meinungen waren sehr geteilt und viele Prozessteilnehmer glaubten, dass hier auf Grund der Aussagen eines sehr labilen und ausgesprochenen krankhaften Mädchens, der Gertrud, ein Urteil gefällt worden war, das einer gründlichen Nachprüfung nicht standhalten konnte. Frenzel selbst, der bei Verkündung des Urteils zusammen brach, hatte stets in grösster Erregung seine Unschuld beteuert und immer wieder behauptet, dass er den Machenschaften der Pfarrersfamilie Schenk zum Opfer gefallen sei. Der zweite Prozess in Sachen Frenzel, zu dem 113 Zeugen und sechs Sachverständige geladen sind, wird leider unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit, auch der Presse, stattfinden. Dieser, auch juristisch gänzlich unverständliche Beschluss des Potsdamer Schwurgerichts unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hellwig, ist aufs tiefste zu beklagen. Hellwig verkündete über ihn mit einer geradezu sensationellen Erklärung, die allgemeines Kopfschütteln hervorrief.

## Wo bleibt da die Sittlichkeit?!

Als die Verhandlung am frühen Vormittag eröffnet wird, sind die Pressetische dicht besetzt, der Zuschauerraum ist jedoch nur halb gefüllt. Die Potsdamer ahnten schon, dass ihnen im Gerichtssaal keine Sesshaftigkeit beschieden sein sollte. Kurz vor Erscheinen des Gerichts betritt Frenzel mit seinen beiden Verteidigern, Rechtsanwalt Blumenhain-Potsdam und Dr. Brandt-Berlin, den Sitzungssaal. Frenzel, der sich zur Zeit in Freiheit befindet, sieht noch immer sehr blass und angegriffen aus. Stirn- und Mundpartie sind von tiefen Falten durchwühlt, die Hände trommeln nervös auf die Barriere, während hinter den grossen Brillengläsern die Augen fast blicklos im Saal umherwandern. Dann erscheint das Gericht, geleitet von Landgerichtsdirektor Hellwig, einem sehr intelligent agierenden Vorsitzenden, der es versteht, seine Autorität schnell zur Geltung zu bringen. Die ersten Stunden der Verhandlung füllt die Verlesung des erstinstanzlichen Urteils aus, das sehr ungeschminkt und unter Behandlung aller Intimitäten auf den Fall Frenzel eingeht. Hierbei denkt merkwürdigerweise niemand daran, die Öffentlichkeit auszuschliessen. Dann steht der Staatsanwalt Stargardt auf und erklärt, dass man die Öffentlichkeit ausschliessen müsse. Rechtsanwalt Brandt bittet, doch wenigstens der Presse die Möglichkeit einer sachlichen Berichterstattung zu geben.

## Gericht über die Presse.

Nun kommt es zu einer seltsamen Szene. Es wird sozusagen improvisiertes Gericht über die Presse abgehalten. Nach Verlesung einer Anzahl Briefe, so vom "Reichsverband evangelischer Eltern", der "Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit" und der "Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte", in denen der Vorsitzende ersucht wird, für eine zurückhaltende Berichterstattung Sorge zu tragen, marschieren die Sachverständigen auf, um sich über Vorteil und Nachteil der Presseberichterstattung in diesem Prozess auszusprechen. Die Sachverständigen stellen grösstenteils fest, dass sie in die Presse das unbedingte Vertrauen einer sachlichen, zurückhaltenden Berichterstattung setzen. Natürlich bestände

die Möglichkeit, dass Jugendliche durch Berichte über diesen Prozess in besondere Erregungszustände geraten würden. Der Sachverständige Dr. Plaut möchte sich übrigens nicht näher äussern, da "ihn die Presse während der ersten Verhandlung so ungemein scharf angegriffen habe." Dr. Placzek, seines Zeichens Nervenarzt, hat angeblich beobachtet, dass sich Jugendliche vor die Zeitungskioske gestellt und gierig die Berichte über den ersten Frenzelprozess heruntergeschlungen haben. Schliesslich wird auch noch Landgerichtsdirektor Warmuth, der den Vorsitz im ersten Prozess führte, vernommen, Herr Warmuth ist ein älterer Herr, der anscheinend an höchst schlechtem Gedächtnis leidet. Er hat völlig vergessen, dass er sich einmal während der Verhandlung des ersten Prozesses ungemein lobend über die diskrete Art der Prozessberichterstattung ausgesprochen hat und deutet nun auf einmal an, dass ihm die Sache gar nicht gefallen habe.

#### Frenzels Protest.

Als sich das Gericht nun zur Beratung zurückziehen will, springt der Angeklagte Frenzel in höchster Erregung auf und schreit in den Saal: "Ich bitte herzlichst darum, die Presse zuzulassen. Nichts, aber auch gar nichts habe ich zu scheuen. Die Öffentlichkeit kann und muss alles hören. (Zornig mit der Faust auf den Tisch schlagend) Ich habe alles verloren und kämpfe um meinen guten Namen! Darum habe ich das grösste Interesse daran, dass die Presse der Verhandlung beiwohnt."

#### Die "öffentliche Ordnung" von Potsdam.

Gegen  $\frac{1}{2}$  2 Uhr erscheint das Gericht wieder und verkündet durch seinen Vorsitzenden folgenden Beschluss: "Die Öffentlichkeit wird während der ganzen Dauer der Verhandlung wegen "Gefährdung der Sittlichkeit" und der "öffentlichen Ordnung" ausgeschlossen. Von dem Ausschluss wird auch die Presse betroffen". (Grosse Bewegung). Landgerichtsdirektor Hellwig fortfahrend: "Ehe die Herren den Saal verlassen, möchte ich, da ich weiss, dass dieser Gerichtsbeschluss schwersten Angriffen ausgesetzt sein wird, eine längere Erklärung abgeben. Ich möchte nicht, dass sich diese Angriffe gegen Phantome richten. Die Erklärung habe ich schon gestern abend schriftlich niedergelegt (!!!) und werde sie zu den Akten geben." Rechtsanwalt Brandt: "Diese Ausarbeitung ist also schon vor Zusammentritt des Gerichts gemacht worden?" - "Ja, vorher." Der Vorsitzende verliest dann die Erklärung, in der es u. a. heisst, dass die Anwesenheit von Pressevertretern bei unsicheren Zeugen die Wahrheitsfindung erschweren würde. "Auch beim besten Willen" müsse die Berichterstattung in diesem Prozess die Sittlichkeit gefährden. "Es ist paradox", so heisst es in der Erklärung, "wenn man die zwei Dutzend Zuhörer ausschliesst und die Presse dazulässt, die zu Millionen von Menschen spricht. Das Interesse des Angeklagten hat dabei zurückzutreten." Rechtsanwalt Brandt springt erregt auf und spricht sein grösstes Befremden darüber aus, dass der Vorsitzende das Argument von "der Gefährdung der öffentlichen Ordnung" erst jetzt zur Sprache gebracht hat. Dies Vorgehen könne man nicht als loyal bezeichnen. Im übrigen behält sich der Rechtsanwalt vor, aus dem wohl einzigartigen Vorgehen des Gerichts die Konsequenzen zu ziehen und eventuell die ganze Berufungsverhandlung anzufechten. Unter lebhafter Bewegung verlassen daraufhin Presse und Zuhörer den Sitzungssaal.

K.K.B.

+ + +  
Tödlicher Flugzeugabsturz. Auf dem Flugplatz Stuttgart-Böblingen stürzte der Flugschüler Thrandorf bei einem Notlandungsversuch ab. Das Flugzeug wurde völlig zertrümmert und der Pilot so schwer verletzt, dass er auf dem Transport ins Krankenhaus starb.  
+ + +

## Ein Keller in Berlin O...

Der entsetzliche Fund im Hause Annenstrasse 23. - Das Grab im Kellerschutt. - Die Tat des Freundes. - Niemals geklärte Geheimnisse.

SPD. Im Osten der Stadt, dort, wo engbrüstige Häuser, von denen der Stück blättert, das andere Berlin, jenes Berlin, in dem Not und Hunger umgehen, repräsentieren, liegt die Annenstrasse. Das Haus Nr. 23 ist beinahe so düster, wie ein menschliches Grab. Die Treppen sind förmlich krumm getreten, von der Last der Jahre, die auf diesem ehrwürdigen Haus ruhen. Es ist eins der ältesten Häuser Berlins. Ein Hausbewohner geht eines Nachmittags in den Keller und sucht dabei einen Winkel auf, der seit Jahr und Tag vergessen und unbetreten liegt. Hier findet der Mann zu seinem Entsetzen die völlig verwesene Leiche eines Menschen und ruft schnell Hausbewohner zur Hilfe herbei. Zwischen Gerümpel und Schutt, zwischen alten Kisten und Stoffresten ragt eine Hand heraus, die schon die Ratten gänzlich zernagt haben, Kopf und Oberkörper sind bereits bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, ein giftig süßlicher Dunst steigt von den Resten des menschlichen Körpers auf. Man alarmiert sogleich die Mordkommission, die den Fall untersucht und nun etwas Ueberraschendes feststellt.

Der Tote, der seit mindestens einem Vierteljahr dort zwischen Kistenbrettern und Schutt begraben liegt, ist der Schneider Otto Laurin, der in den Pfingsttagen des Jahres 1930 von seinem Freunde, dem 25jährigen Theodor Krause, mit einem Dolchmesser ermordet wurde. Das Motiv zu dieser Tat war entsetzlich banal. Otto Laurin, der in der Pfingstvorwoche in seinem Beruf viel Geld verdient hatte, wollte mit Krause einen Ausflug machen. Krause hatte kein Geld und plötzlich setzte sich der furchtbare Gedanke in ihm fest, seinen Freund zu erschlagen und zu berauben. Was geschah, blieb das fürchterliche Geheimnis des Mörders. Man hat den unglücklichen Schneider nie wieder gesehen. Theodor Krause aber wurde am Tage nach dem Verschwinden Laurins in völlig verstörtem Zustand gesehen -, mit blutbeflecktem zerrissenem Anzug irrte er durch die Strassen. Ehe die Polizei zugreifen konnte, übte der Mörder Selbstjustiz. In einem Fabrikgebäude in der Lottumstrasse fand der den Kontrollgang machende Wächter eines Nachts die Leiche eines jüngeren Mannes vor einer offenen Gasleitung. Der Selbstmörder, der durch Gas seinem Leben ein Ende gemacht hatte, war niemand anderes als Theodor Krause, der seinen Freund erstochen hatte, um sich an den Pfingsttagen amüsieren zu können. Ein schreckliches Geheimnis ist aufgeklärt. Aber niemand erklärt uns das Geheimnis jener abgründigen Seelen von Menschen, die ihre besten Freunde erschlagen, um eines Vergnügens willen.....

## Die Plaidoyers im Wesselprozess.

Hohe Zuchthausstrafen beantragt. - Urteilsverkündung Freitag mittag.

SPD. Im Mordprozess Wessel fanden am Donnerstag die Plädoyers statt. Staatsanwaltschaftsrat Fischer beantragte gegen Albrecht Höhler wegen gemeinschaftlichen Totschlags zehn Jahre Zuchthaus, wegen Nötigung drei Monate Gefängnis und wegen verbotenen Waffenbesitzes gleichfalls drei Monate Gefängnis. Diese Strafe soll auf insgesamt zehn Jahre und drei Monate Zuchthaus zusammengezogen werden. Ferner beantragte der Staatsanwaltschaftsrat, dem Angeklagten die Ehrenrechte auf fünf Jahre abzuspochen. Gegen Erwin Rückert wurde acht Jahre und ein Monat Zuchthaus, sowie fünf Jahre Ehrverlust, gegen Kandulski sieben Jahre und ein Monat Zuchthaus, ebenfalls mit Ehrverlust, gegen Frau Salm wegen Beihilfe zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, sowie gegen die übrigen Angeklagten wegen Begünstigung und Mittäterschaft Gefängnisstrafen von drei Jahren bis zu zwei Monaten Gefängnis beantragt. Für den Ehemann



Schmidt beantragte der Ankläger Freisprechung.

Zur Begründung seiner hohen Zuchthausanträge führte der Staatsanwalt u.a. aus, dass es geradezu erschütternd sei, wie leichtfertig man heutzutage mit dem Leben politischer Gegner umspringe. "Auf die Frage, wieviel auf der extremen Linken und Rechten das Leben eines politischen Gegners wert ist, haben wir die Antwort erhalten: "Es ist nichts wert!" Die Angeklagten besaßen nicht den Mut, für ihre Tat voll einzustehen. Es handelt sich bei dem Anschlag auf Wesse nicht um ein privates Verbrechen, auch nicht um den Racheakt eines empörten Liebhabers, sondern um eine Bluttat, die an einem politischen Gegner verübt worden ist. Bewiesen ist, dass Frau Salm nach der Tat im Karl Liebkecht-Haus gewesen ist. Bewiesen ist weiterhin, dass man dem Höhler zur Flucht verholfen hat. Als Wessel am Boden lag, hat Höhler gerufen: "Du weisst, wofür Du das bekommen hast!" Die Unzahl der politischen Verbrechen ist hier wieder um eins vermehrt worden. Scharfes Durchgreifen gegen alle die Leute, die glauben, mit Revolver und Faust Politik machen zu dürfen, ist dringend notwendig."

+

Nach dem Staatsanwalt sprachen die Verteidiger. Bemerkenswert war das Plädoyer des Rechtsanwalts Dr. Apfel, der ausführte, dass er keineswegs beabsichtige, die Tat Höhlers zu beschönigen, aber unbedingt eine gerechte Beurteilung seines Mandanten verlange. Der Verteidiger liess es dahingestellt, ob Höhlers Tat als Putativnotwehr zu betrachten sei und regte eine Art von "Kompromisslösung" an, nach der man Höhler wegen Körperverletzung mit Todeserfolg bestrafen sollte. Auffallenderweise übte Apfel auch an der Haltung der kommunistischen Partei erhebliche Kritik, deren "psychologische Schnitzer" jetzt Höhler büßen sollte. Nach den Plädoyers der Verteidiger verzichteten sämtliche Angeklagte auf ein Schlusswort. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Tolk, setzte die Verkündung des Urteils auf Freitag mittag  $\frac{1}{2}$  2 Uhr fest.

+

+

+

Opfer des Steinschlags. Der bekannte italienische Bergführer Caesar Olier wurde im Montblanc-Gebiet durch Steinschlag getötet, als er sich auf der Gemsjagd befand. Sein Hund wachte die ganze Nacht neben der Leiche, bis sie nach etwa 24 Stunden von Bergführern aufgefunden wurde.

+

+

+

Die Rekordschläferin. Im Helsingforser Krankenhaus ist ein 22jähriges Mädchen, nachdem es mehr als eineinhalb Jahre durchgeschlafen hatte, wieder aufgewacht. Das Mädchen litt seit langer Zeit an einer Drüsenerkrankung und wurde während seines Dauerschlafes künstlich ernährt.

+

+

+

Von Sandmassen verschüttet. Drei Knaben im Alter von 11, 7 und 6 Jahren wurden in einer Sandgrube in der Nähe des Dorfes Kinding b/Eichstädt beim Kiessuchen von Sandmassen verschüttet. Trotzdem das Unglück alsbald bemerkt wurde und man die Kinder nach einer knappen halben Stunde bergen konnte, war es bereits zu spät. Die Verschütteten waren inzwischen erstickt.

+

+

+

Amoktat eines Irrsinnigen. In der Gemeinde Hammeles=Termonde bei Brüssel kam es am Mittwoch abend zu einer fürchterlichen Bluttat, der fünf Menschen zum Opfer fielen. Ein Mann namens Vandenbroeck, der bereits seit Tagen Spuren von Geistesverwirrung gezeigt hatte, stürzte sich plötzlich mit einem Gewehr in der Hand auf seine Familie. Zuerst erschoss er seinen Vater und seine Schwester, worauf er auf die Strasse eilte, wo er ein Kind im Alter von 6 Jahren durch Bauchschuss schwer verletzte. Als Vater und Grossvater des Kindes herbeieilten, schoss sie der Rasende ebenfalls nieder. Nach einer wilden Jagd gelang es zwei Gendarmen, den Tobsüchtigen zu überwältigen und in eine Irrenanstalt einzuliefern.

+

+

+

Schweres Erdbeben in Russisch-Asien. Im Gebiet von Buchara und Turkestan in Russisch-Asien kam es zu einem heftigen Erdbeben. Zahlreiche Häuser stürzten ein. Insgesamt wurden 175 Personen getötet, über 300 verletzt.

+ + +  
Prozess gegen einen Kindesmörder. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II in Berlin begann am Donnerstag ein Mordprozess gegen den Arbeiter Robert Palmer, der im Dezember vorigen Jahres seinen dreijährigen Sohn Paul im Rängsdorfer Walde erschossen hat. Der Prozess, zu dem mehr als 20 Zeugen und fünf Sachverständige geladen sind, dürfte mehrere Tage dauern.

+ + +  
Blutiges Eifersuchtsdrama. Der Händler Fritz Erdmann aus der Perleberger-Strasse in Berlin NW. erschoss nach heftigem Wortwechsel den Liebhaber seiner Frau, den 32jährigen Metallarbeiter Georg Tluste. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen und ist geständig. Er bedauert seine Tat nicht, sondern fühlt sich durchaus im Recht.

+ + +  
Millionenschiebungen mit Sprit. Dieser Tage wurde in Kork bei Kehl (Baden) ein Zollbeamter wegen Begünstigung von Spritschiebungen verhaftet. Wie sich jetzt herausstellt, haben die Schiebungen weit grösseren Umfang gehabt, als man zuerst angenommen hatte. Sie erstreckten sich auf den Zeitraum von mehreren Jahren, wobei die Betrüger gewaltige Millionengewinne gemacht haben. Bis jetzt sind fünfzehn Personen in allen Teilen des Reiches in die dunkle Affäre verwickelt. Ein Berliner Fabrikant, der mit einem der Spritschieber eng liiert war, hat kürzlich Selbstmord verübt.

+ + +  
Gefährlicher Werftbrand. In der Modelltischlerei der Bremer Vulkanwerft in Vegesack brach in der Donnerstagnacht ein Grossfeuer aus. Die Tischlerei brannte bis auf die Grundmauern nieder. Sämtliche Modelle sind vernichtet.

+ + +  
Unpraktische Signale. Der Pariser Ostbahnhof wird zurzeit mit neuen elektrischen Signaleinrichtungen versehen. Diese neuen Signale haben in den ersten Tagen ihres Funktionierens allerdings eine so heillose Verwirrung auf dem Bahnhof hervorgerufen, dass nicht nur die Fern- und Vorortzüge mit erheblichen Verspätungen fahren, sondern auch der Güterverkehr zu einem unentwirrbaren Knäuel unabgefertigter Wagen geworden ist.

+ + +  
Mrs. Bruce fliegt nach Japan. Mrs. Bruce, die bekannte englische Automobilistin, die erst vor knapp zwei Monaten fliegen gelernt hat, ist von Heston in einem Kleinflugzeug zu einem Langstreckenflug aufgestiegen. Mrs. Bruce beabsichtigt nach Japan zu fliegen.

+ + +  
Vom Bären zerfleischt. Im Waldparkrestaurant in Mannheim wurde am Donnerstag vormittag der Raubtierwärter Ernst Käser von einem Bären angefallen und schwer verletzt. Käser wollte, wie üblich, erst die Löwen und dann den braunen Bären füttern. Kaum hatte er den Zwinger geöffnet, als sich das Tier in einem Wutanfall auf ihn stürzte und ihm einen so heftigen Hieb versetzte, dass er ohnmächtig zu Boden sank. Der Bär sprang nun auf den Bewusstlosen los, bearbeitete ihn mit seinen Tatzen und riss ihm sämtliche Kleider vom Leibe. Beamte des Ueberfallkommandos wurden hinzugerufen, die das rasende Tier schliesslich durch Karabinerschüsse töteten. Der Wärter, der am Kopf und an den Schultern schlimme Verletzungen davon getragen hat, wurde ins Krankenhaus geschafft und sogleich operiert. Sein Zustand ist lebensgefährlich.



## Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung.

(Eine Leistungskürzung muss vermieden werden.)

SPD. Das Reichskabinett hat die Heraufsetzung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 2 % auf 6½% beschlossen. Damit soll der Mehrbedarf bei der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden, der bis Ende des laufenden Etatsjahrs (März 1931) auf 400 Millionen Mark geschätzt wird. Das wirkliche Defizit dürfte höher sein, so dass mit der 2%igen Erhöhung der Beiträge, die an sich ja nur die Hälfte des Mehrbedarfs decken soll und etwa 190 Millionen Mark erbringen wird, der Ausgleich nicht erzielt werden kann. Das ist das Ende der Beitragspolitik der bürgerlichen Parteien. Als sich die ersten Reibungen in der Arbeitslosenversicherung zeigten, verlangten die Gewerkschaften eine gründliche Sanierung der Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit einer Beitragserhöhung. Hätte man damals den Mut dazu gehabt, so würde man die Arbeitslosenversicherung auf eine gesunde Basis gestellt haben. Die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, schrieb damals, im Juli 1929, einen Artikel in diesem Sinne, den sie bezeichnenderweise mit der Überschrift "Sanierung oder Abbau der Arbeitslosenversicherung" versah. Die bürgerlichen Parteien entschieden sich nicht für die Sanierung. Unter Führung der Deutschen Volkspartei wurde eine ausgesprochene Verzögerungspolitik durchgeführt. Das Zentrum hat diese Politik gestützt.

Die beschlossene Beitragserhöhung bedeutet Lohnkürzung und es ist selbstverständlich, dass sich die Massen gegen diese Lohnkürzung in einer Zeit doppelt wehren, in der der Reallohn von allen Seiten angeknabbert wird. In einer Zeit der schlimmsten Krise, wo die Lasten gemeinsam getragen werden müssten; hat sich in Deutschland die fixe Idee gebildet, alles und alles auf die Schultern der arbeitenden Massen abzuwälzen. Man verspricht dem Besitz Steuererleichterungen und liebäugelt mit dem Gedanken, durch Eingriff in die Tarifverträge eine Lohnsenkung durchzuführen. Die Löhne, die an sich durch den Absturz der Akkordsätze zurückgegangen sind, sollen weiter, sollen unter das Mass des Erträglichen gedrückt werden. Der vor den Wahlen versprochene Preisabbau ist nicht eingetreten. Selbst gegen den unerhörten Wucher mit Markenartikeln hat man nicht das Geringste unternommen. Die Vorgänge im Reichswirtschaftsrat haben gezeigt, dass bei der Regierung die Unternehmerstimmen mehr wiegen als die Stimmen der Arbeitnehmer und der Verbraucher. Während man, verglichen mit der Zeit der Hochkonjunktur, die Löhne halbierte, garantiert man dem Handel durch Hochhaltung der Markenartikelpreise u.a.m. das Einkommen. Die Lastenverteilung ist so ungerecht wie nur möglich.

Dadurch ist die Forderung begründet, einen ganz erheblichen Teil der Mittel, die man durch die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 2% hereinbringen will, durch Streichungen im Etat einzusparen. Ganz unmöglich ist die Idee, durch Reduzierung der Leistungen zur Deckung des Defizits in der Arbeitslosenversicherung beizutragen. Die gegenwärtige Krise ist so schlimmer Natur, dass die Arbeitslosigkeit eine Art Dauerzustand geworden ist. Die Arbeitslosenunterstützung ist kein Übergangsgeld, keine Hilfe, um eine kurze Notlage zu überbrücken. Millionen sind auf diese Arbeitslosenunterstützung angewiesen. Für Millionen stellt sie das einzige Einkommen dar. Ohne diese Unterstützung stehen Millionen vor dem Nichts. Eine Kürzung der Leistung ist eben unerträglich. Die Gewerkschaften sind ohne Zweifel nach wie vor zu einer

Sanierung der Arbeitslosenversicherung bereit. Sie muss aber davon abhängig gemacht werden, dass eine Kürzung der Leistungen nicht in Kraft tritt. Dahin gehören eine entsprechende Revision der Notverordnung, weiter ein Ausbau der Krisenfürsorge, die Einbeziehung der Wohlfahrtserwerbslosen in die Krisenfürsorge usw.; vor allem muss die Garantie dafür gegeben werden, dass die künftigen Leistungen nicht geschmälert werden.

Es ist sehr leicht, diese oder jene Massnahme durch Notverordnungen zu diktieren. Die Regierungen dürfen aber nicht vergessen, dass die Grenze des Erträglichen erreicht ist!

SPD. Wenn sich die Arbeitgeber in der Industrie um den Abbau der Löhne bemühen, dürfen die Arbeitgeber in der Forstwirtschaft nicht teilnahmslos bleiben. Das ist anscheinend auch der Standpunkt des land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeberverbandes für die Provinzen Ober- und Niederschlesien. Der genannte Verband ist dabei, einen 20prozentigen Lohnabbau herbeizuführen.

Der Verband hat in diesen Tagen den Kreisarbeitgeberverbänden und den Vorstandsmitgliedern in einem Rundschreiben mitgeteilt, dass vom Arbeitgeberverband der Tarifvertrag für die schlesischen Privatforsten gekündigt ist, dass die Gewerkschaften von einer Kündigung Abstand genommen haben, dass die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifs am 30. September endet und dass vom 1. Oktober ab somit ein tarifloser Zustand besteht. In dem Schreiben heisst es dann wörtlich: "Mit der von uns ausgesprochenen Kündigung ist bezweckt, eine Senkung der Forstarbeiterlöhne zu erreichen. In Anbetracht der für die schlesische Forstwirtschaft katastrophalen Wirtschaftslage kann mit der Durchführung der Lohnsenkung nicht bis zur Beendigung der evtl. mehrere Monate dauernden Tarifverhandlungen gewartet werden. Mit einer Lohnsenkung muss vielmehr bereits am 1. Oktober begonnen werden."

Im Anschluss an diese Ausführungen teilt der Arbeitgeberverband dann die Richtlinien mit, die nach seiner Meinung vom 1. Oktober für die Entlohnung der in den Privatforsten beschäftigten Forstarbeiter gelten müssen. Die Richtlinien sehen vor, dass die Stundenlöhne in den Lohngebieten I - V um 4 Pfennig, in den Lohngebieten VI und VII um  $3\frac{1}{2}$  Pfennig herabzusetzen sind. Ferner sollen die Akkordlöhne um  $10\frac{1}{2}$  Prozent abgebaut werden. Die Geräteentschädigung von 4 %, die Wegevergütung und der Urlaub sollen in Fortfall kommen. Schliesslich werden die Arbeitgeber aufgefordert, die zur Zeit bestehenden schriftlichen oder mündlichen Arbeitsverträge mit einer Frist von zwei Wochen, ebenso die Zusatztarife, Hauerlohn, Haus- oder Werktarife zum nächstzulässigen Termin zu kündigen.

So wird Arbeitern gegenüber verfahren, die schon jetzt unter reichlich ungünstigen Verhältnissen leben müssen. Oder will der land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband für die Provinzen Ober- und Niederschlesien etwa behaupten, die Verhältnisse der schlesischen Privatforstarbeiter seien rosig? Sie kommen kaum auf einen Gesamtstundenverdienst von 50 bis 55 Pfennig. Dazu kommt, dass die Mehrzahl von ihnen nicht ständig beschäftigt wird und grosse Mühe hat, andere Arbeitsmöglichkeiten zu finden.

Das Vorgehen des land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes für die Provinzen Ober- und Niederschlesien ist Scharfmacherpolitik. Es beweist, dass dem Verband der Wohlstand der Arbeitgeber alles, der Lage der Forstarbeiter nichts ist. Dabei steht fest, dass es gerade die schlesischen Landarbeiter sind, die nicht laut genug nach der Staatshilfe rufen können.

Nicht zuletzt deshalb setzen die schlesischen Privatforstarbeiter jetzt ihre Hoffnungen auf die Schlichtungsbehörden. Die Schlichtungsbehörden müssen den Arbeitgebern in der schlesischen Land- und Forstwirtschaft von vornherein bedeuten, dass Pläne und Vorschläge wie die des land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes nicht diskutabel sind.

# Wirtschaft Technik Handel

Eine Woche 250 Millionen Mark.

Hitlers teure Reden in Leipzig.

SPD. Nach dem Ausweis der Reichsbank für die Woche zum 23. September hat der Spuk auf den Devisenmärkten der Bank in der Woche nach der Wahl rund eine viertel Milliarde Mark gekostet. Während die Bank in der Woche bis zum Wahltag, bis zum 15. September, 70,8 Millionen Mark allein an Gold und Deckungsdevisen einbüsste, wird für die Woche nach der Wahl ein Verlust von 131,8 Millionen Mark an Gold und deckungsfähigen Devisen ausgewiesen. Die Goldbestände haben sich um 35,1 Millionen Mark verringert. Darin sind die 35 Millionen Mark Gold enthalten, die nach Paris verkauft wurden, um den Markkurs zu stützen. Die Devisenbestände gingen um 96,7 Millionen auf 223,7 Millionen Mark zurück. Eingeschlossen in den Ausweis ist noch nicht jenes Gold, das in den letzten Tagen verkauft worden ist. Schätzungsweise dürfte es sich dabei um die Summe von rund 65-70 Millionen Mark handeln. Der Goldverlust der Reichsbank beträgt bis Ende dieser Woche also rund 100 Millionen Mark. Zu dem Verlust an Gold und Deckungsdevisen sind andere Devisenabflüsse getreten. Die Gestaltung des Wechselportefeuilles lässt vermuten, dass Auslandswechsel immerhin im Betrage von über 100 Millionen Mark abgezogen worden sind. Der Abzug ist grösser, als man vor dem Erscheinen des Ausweises annahm. Andererseits sind Inlandswechsel hinzugekommen. Man hat also Inlandswechsel wahrscheinlich im Betrag von über 100 Millionen eingereicht, um Devisen zu kaufen. Der Notenumlauf beweist ferner, dass auch Devisen gegen Noten gekauft worden sind. Bei vorsichtiger Schätzung ergibt sich somit ein Abfluss an Gold und Devisen im Betrage von über 250 Millionen Mark.

Die Gesamtanlage der Bank, in der die Beanspruchung des Reichsbankkredits zum Ausdruck kommt, konnte behauptet werden. Sie macht 1510,5 Millionen Mark aus gegen 1531,5 Millionen Mark Mitte September und 1506,5 Millionen Mark in der entsprechenden Woche des Vormonats, der dritten Augustwoche. Die Bestände an Handelswechseln und Schecks verringerten sich nur um 14,5 Millionen auf 1351,8 Millionen Mark gegenüber einem Rückgang von 71,4 Millionen Mark auf 1346,7 Millionen Mark in der entsprechenden Woche des Monats August. Die Deckung der Noten durch Gold wird mit 61,7% angegeben gegenüber 61,9% in der dritten Augustwoche, die Deckung durch Gold und Deckungsdevisen mit 69,2% gegenüber 69,3% in der Vorwoche.

Ohne Zweifel hat sich die Reichsbank in den Krisentagen gut behauptet. Ihr Devisenpolster, das für Deckungsdevisen mit 223,7 Millionen und für die Goldbestände mit 2583,6 Millionen Mark angegeben wird - dabei werden die auf anderen Konten aufgeführten Devisen nicht berücksichtigt - wappnet sie auch, wenn stärkere Anforderungen an sie herantreten sollten. Womit allerdings zu rechnen ist.

Während die Berliner Börse am Dienstag und Mittwoch unter freundlicheren Sternen stand, erfolgte am Donnerstag neue Kurseinbrüche. Auch der Rentenmarkt wurde wieder in schlimmer Weise mitgenommen. Am Devisenmarkt machten sich stärkste Anforderungen geltend, obwohl, wenn die entsprechenden Verlautbarungen richtig sind, die Nachfrage nicht das Ausmass von Montag und Dienstag hatte. Wir hatten mit unserer Voraussage am Mittwoch, dass sich an der Gesamtsituation nichts geändert habe und dass sie ernst bleibe wie zuvor, leider

recht gehabt. Der Donnerstag hat das bewiesen.

Zunächst war die Börse am Donnerstag vor Zwangsverkäufe gestellt. Ohne weiteres wäre das Material von den stützenden Bankfirmen aufgenommen worden und man hätte die Situation behaupten können, wenn nicht die Hitlerrede in Leipzig bekannt geworden wäre. Die Finanzkreise sind nicht geneigt, den Worten Hitlers mehr Bedeutung beizulegen, als ihnen zukommt. Man war sich aber darüber klar, dass die Renommisterei des Münchener Nazihäuptlings nicht ohne Eindruck auf das Ausland bleiben könne und dass auf Grund der Leipziger Rede neue Geldabziehungen und neue Verkäufe deutscher Papiere stattfinden müssten. Man war einmütig der Auffassung, dass solche Rede, wie sie Hitler vor einem deutschen Gericht gehalten hat, den deutschen Kredit aufs schärfste untergraben müsse und dass ein offenbar psychopathischer Ausländer in Deutschland wagen darf, schwerste Schäden für unsere Wirtschaftsentwicklung zu provozieren.

Die kaum eingetretene Beruhigung in der Finanzwirtschaft ist durch den Leipziger Vorfall über den Haufen geworfen worden. Der nächste Reichsbankausweis wird uns zeigen, was das dem deutschen Volk direkt - die indirekten Kosten werden weit höher sein - kosten wird. Wie lange wird man sich diese psychopathischen Provokationen noch gefallen lassen? Man soll sich doch auch in der Wilhelmstrasse ganz nüchtern die finanzpolitische Erwägung vorlegen, ob der "goldige Adolf" dem deutschen Volke nicht doch zu teuer wird? Man braucht und soll nicht den Polizeiknüppel schwingen. Aber man muss Aktivität zeigen und den Methoden der Sinnlosigkeit Methoden der Entschlossenheit und der Vernunft entgegensetzen. Dann wird sich zeigen, dass das deutsche Volk doch nicht gewillt ist, Selbstmord zu begehen.

---

SPD. Das Landesarbeitsamt Brandenburg teilt über die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Zeit vom 1. bis 15. September u.a. folgendes mit: "Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bereiche des Landesarbeitsamtes Brandenburg hat die Hoffnung auf eine Entlastung nicht erfüllt. Die Zahl der Arbeitssuchenden betrug am Stichtag (15.9.30) 466 815; sie steht damit um 250 763 über dem Stande vom Vorjahre. Trotzdem die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung eine Verminderung erfuhren, stieg die Zahl der Krisenunterstützten.

In der Berichtszeit stieg die Zahl der Arbeitssuchenden um 18 095 auf 466 815; davon entfielen auf Berlin 361 128, auf die Provinz Brandenburg 99 572 und auf die Grenzmark Posen-Westpreussen 6115 Personen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmässigen Arbeitslosenunterstützung betrug 220 243. in der Krisenunterstützung 77 742, zusammen 297 985 Personen. Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 160 482, auf die Provinz Brandenburg 56 264, auf die Grenzmark Posen-Westpreussen 3497. Für die Krisenfürsorge betragen die entsprechenden Zahlen für Berlin 63 724, Brandenburg 13 749, Grenzmark Posen-Westpreussen 269.

Auf 1000 Einwohner des Gesamtbezirks kamen in der Arbeitslosenversicherung 37,76 Hauptunterstützungsempfänger; diese Zahl stellte sich für Berlin auf 37,30, für die Provinz Brandenburg auf 20,62, für die Grenzmark Posen-Westpreussen auf 11,26. In der Krisenfürsorge betrug die Vomtausendstelzahl für den Gesamtbezirk 17,21; sie stellte sich für Berlin allein auf 14,81, für die Provinz Brandenburg auf 5,04, für die Grenzmark Posen-Westpreussen auf 0,87.

---

SPD. Um dem dauernd anwachsenden Defizit im Reichsetat Herr zu werden, will die Regierung Brüning neben anderen Massnahmen die Erstattungen zu viel gezahlter Lohnsteuer beseitigen. Mit diesem Plan kommt die Regierung auf Absichten zurück, die sie bereits kurz nach ihrem Amtsantritt verfolgte. Sie hatte damals in den Richtlinien über die Finanzreform von 1931 die Beseitigung der Lohnsteuererstattungen vorgesehen. Um diese Massnahme schmackhaft zu machen, wurde verkündet, dass die Beseitigung der Erstattungen durch jährliche Zuschüsse von 60 Millionen aus den Erträgen der Lohnsteuer an die Arbeitslosenversicherung ausgeglichen werden sollte. Nun wird die Beseitigung der Erstattungen wiederum gefordert. Diesmal jedoch ohne die Ankündigung von Gegenleistungen. Es ist jetzt nur noch von der glatten, bedingungslosen Beseitigung der Erstattungen die Rede.

Diese Absicht bedeutet einen unerhörten Angriff auf die Rechte der Lohnsteuerzahler. Das ergibt sich aus dem Wesen der Rückerstattungen. Sie sind keine Sondervergünstigungen, keine nachträglichen Steuerermässigungen, sondern die Rückzahlung zu viel entrichteter Steuern. Zu viel Lohnsteuer wird nur dann nicht einbehalten, wenn dem Pflichtigen im Laufe des Jahres der steuerfreie Betrag von 1200 RM voll angerechnet werden kann, wenn also dem Arbeiter bei rund 50 wöchentlichen Lohnauszahlungen je 24 Mark und dem Angestellten bei 12 monatlichen Gehaltsauszahlungen je 100 Mark als steuerfreier Betrag gutgebracht werden. Diese Verrechnung ist aber bei Verdienstaussfall wegen Erwerbslosigkeit, Krankheit, Unfall, Streik usw. unmöglich. In diesen Fällen wird zu viel Lohnsteuer einbehalten, weil der steuerfreie Gesamtbetrag von 1200 Mark wegen der ausgefallenen Lohn- oder Gehaltszahlungen nicht voll berücksichtigt werden kann. Je nach der Dauer des Verdienstaussfalls wird dann der nicht gutgebrachte Betrag grösser oder kleiner sein. Durch die Rückerstattung wird dieses - im Laufe des Jahres unvermeidbare - Unrecht wieder gutgemacht.

Dass die Arbeiter und Angestellten in steigendem Masse Erstattungsansprüche geltend gemacht haben, zeigt die Entwicklung der bisher rückgezahlten Beträge.

Im Jahre 1926 wurden 46 Mill. Lohnsteuer erstattet  
im Jahre 1927 wurden 61 Mill. Lohnsteuer erstattet  
im Jahre 1928 wurden 65 Mill. Lohnsteuer erstattet  
im Jahre 1929 wurden 68 Mill. Lohnsteuer erstattet  
im Jahre 1930 wurden rd. 85 " Lohnsteuer erstattet.

Insgesamt sind 325 Mill. zu viel gezahlter Lohnsteuer zurückerstattet worden. Diese Rückzahlungen haben nicht nur insgesamt gewaltige Summen erreicht, sie sind auch für den einzelnen Lohnsteuerpflichtigen von grosser Bedeutung. Die Arbeitslosen, die Aermsten der Armen, bekommen gerade im Augenblick der grössten Not die 20 oder 25 Mark herausgezahlt, die sie in der Zeit der Beschäftigung zu viel entrichtet haben. Darum bedeutet die Beseitigung der Erstattungen, dass 15 Millionen Arbeitern und Angestellten ein selbstverständliches Recht geraubt wird; dass 15 Millionen der bedürftigsten Volksgenossen die paar Mark genommen werden, die schon manchem Arbeitslosen aus bitterer Not geholfen haben.

Die Regierung Brüning scheut sich nicht, den Fehlbetrag in der Reichskasse auf Kosten der Arbeitslosen zu decken. In einem Augenblick, in dem die Kapitalisten sich durch Kapitalflucht dem Steuerzugriff entziehen, hält sich die Regierung Brüning an die Erwerbslosen.

Die Sozialdemokraten wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften versuchen, diesen Anschlag auf die Armut abzuwehren. Sie fordert die Beibehaltung der Erstattungen für deren Einführung und Ausbau sie seit Jahren mit Erfolg gekämpft hat.

## Jubiläumstagung des Deutschen Städtetages in Dresden.

---

Anmerkung für die Redaktionen: Die Referate von Mulert und Luppe, die wir im Auszug wiedergeben, dürfen unter keinen Umständen vor Freitag, 26. September, 12 Uhr 30 veröffentlicht werden.

Red. d. SPD.

SPD. Die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages wurde am 26. September in Dresden von Präsident Dr. Mulert eröffnet. Neben den Vertretern kleiner, mittlerer und grosser Städte konnte Dr. Mulert zahlreiche Ehrengäste, unter ihnen Mitglieder der Reichsregierung, der preussischen Landesregierung, der sächsischen Regierung, Persönlichkeiten aus den Parlamenten des Reichs und der Länder, Vertreter der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft und befreundeter Verbände begrüssen.

In seiner Ansprache 25 Jahre Deutscher Städtetag führte Präsident Dr. Mulert etwa folgendes aus: Entstanden aus den Anregungen der Städtebauausstellung 1903 hat sich die Schicksalsgemeinschaft der im Deutschen Städtetag vereinigten Städte immer mehr gefestigt und einen bedeutenden Aufschwung genommen. Der Aufgabekreis des Städtetages hat sich mit dem gewaltigen Anwachsen der wirtschaftlichen und sozialen Nöte ganz ausserordentlich erweitert. Aus den 144 Mitgliedstädten und 7 Städtebünden des Gründungsjahres mit einer Einwohnerzahl von 16,2 Mill. sind bis zur Gegenwart 279 unmittelbare Mitglieder mit 26,5 Mill. Einwohnern geworden, zu denen noch 913 unmittelbare Mitglieder mit 5,4 Mill. hinzukommen. Der Deutsche Städtetag erfasst demnach 32 Mill. Menschen.

Die Stellung der Städte im Staat hat sich in den letzten 25 Jahren, insbesondere aber in der Kriegs- und Nachkriegszeit, grundlegend gewandelt. Immer stärker wird die gemeindliche Arbeit durch Reichsmassnahmen unmittelbar beeinflusst. Das Schicksal der Gemeinden ist ein allgemein deutsches Problem geworden. Das Missverhältnis zwischen materiellem Einfluss des Reichs und formaler Zuständigkeit der Länder äussert seine ungünstige Auswirkung fast bei jedem die Gemeinden berührenden wichtigen Reichsgesetz und ist die Ursache für viele die Gemeinden einengenden Bindungen. Aufgabe des Deutschen Städtetages ist es, in der Mitarbeit bei Gesetzen und Verordnungen des Reichs, den Bedürfnissen der örtlichen Selbstverwaltung die notwendige Beachtung im einzelnen zu sichern, darüber hinaus aber darauf hinzuwirken, dass bei der kommenden Reichsreform die jetzigen Mängel im Reichsaufbau, auch, soweit sie die Gemeinden in der untersten Instanz betreffen, beseitigt werden und damit den Gemeinden neben Reich und Ländern eine staatsrechtliche Stellung eingeräumt wird, die sie voll zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben fähig macht. Der Städtetag lässt sich dabei von dem starken Gefühl staatspolitischer Verantwortlichkeit leiten. Die Staatsgesinnung der Städte gibt dem Staate, was des Staates ist. Die Bedürfnisse der örtlichen Gemeinschaft, die Initiative der städtischen Selbstverwaltung, ihre lebendige Zusammenarbeit mit allen Schichten der Bevölkerung und der Wirtschaft ertragen keinen dem Wesen der Selbstverwaltung fremden Zwang und verlangen ihrerseits Berücksichtigung.

Der Städtetag betrachtet es als seine Aufgabe, in gegenseitiger Verständigung durch entsprechende Fühlungnahme wirtschaftliche Fragen zu fördern und dabei die Bedürfnisse der Allgemeinheit zur Geltung zu bringen. Die gleichen Gesichtspunkte sind für ihn auch in allen Fragen der Wirtschaftspolitik massgebend. Darum hat der Städtetag gegenüber allen Strömungen parteipolitischer und wirtschaftlicher Art sowohl das seinerzeit vorgeschlagene Kommunalisierungsgesetz als auch jede schematisierende Festlegung der wirtschaftlichen Betätigung der Städte abgelehnt. Nur aus den Bedürfnissen der örtlichen Gemeinschaft heraus ist es möglich, eine Entscheidung darüber zu treffen, welche wirt=



schaftlichen Aufgaben von einer Gemeinde in Angriff genommen und wie sie durchgeführt werden sollen. Umfang und Art der wirtschaftlichen Betätigung der deutschen Gemeinden haben durch Aufgaben der Kriegs- und Nachkriegszeit eine gewaltige Ausdehnung und Umschichtung erfahren. Diese Umbildung hat sich nicht ohne Auseinandersetzungen mit der Wirtschaft vollzogen. Die Gemeindewirtschaft soll aus sozialen und gemeindepolitischen Gründen im allgemeinen nur da eingreifen, wo dies im Interesse einer gleichmässigen, sozial tragbaren und wirtschaftlich zweckmässig aufgebauten Versorgung der Bevölkerung liegt, wo eine die Allgemeinheit fördernde, bessere volkswirtschaftliche Produktivität dadurch erzielt wird.

Tief einschneidende Aenderungen hat in diesen 2 1/2 Jahrzehnten die soziale Arbeit der Gemeinden erfahren. Die Leistungen der gemeindlichen Kriegswohlfahrtspflege stehen gleichwertig neben denen auf kriegswirtschaftlichem Gebiet. Obwohl die organisatorischen Einrichtungen der Gemeinden auf die Behandlung des einzelnen Notfalles abgestellt waren, gelang die Umstellung auf die Bewältigung vorher nie geahnter Notstände von Menschenmassen. Die Zusammenfassung der gewaltigen Arbeit in der Hand der Gemeinde wurde jedoch durch die Reichsgesetzgebung nicht gewahrt. Die organisatorische Ueberwindung der schwierigsten Aufgabe der Gegenwart, des Problems der Arbeitslosigkeit, ist durch das Lostrennen aus dem engen Zusammenhang mit der gemeindlichen Arbeit wesentlich erschwert.

Die stärkste Einschränkung der Selbstverwaltung liegt nach wie vor auf dem Gebiete der Finanzen. Hier zeigt sich die Schicksalsverbundenheit von Reich, Ländern und Gemeinden am deutlichsten. Jede neue Reichsregelung wirkt sich bei der engen Verflechtung mit tief einschneidenden Folgen auch auf die Gemeindefinanzen aus. Ueber Einnahmeseite und Ausgabeseite entscheiden schliesslich in Wirklichkeit nicht die Organe der örtlichen Gemeinschaften in eigener Verantwortlichkeit, sondern das Parlament des Reichs, die Parlamente der einzelnen Länder und daneben noch eine Anzahl von der Gemeindeverwaltung losgelöster Einzelstellen. Dadurch wurde der echte Kern der gemeindlichen Selbstverwaltung, die finanzielle Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden immer mehr verwischt. Die selbstverantwortliche Beschlussfassung bei der Einkommensteuerung durch das Reichsgesetz verloren, die Beweglichkeit der Realsteuern und der Werktarife erstarb teils unter dem verstärkten Zugriff der Länder, teils infolge überhoher Inanspruchnahme. Staatspolitische wie dringendste kommunalpolitische Notwendigkeiten verlangen die Wiederherstellung echter finanzieller Eigenverantwortlichkeit. Das grosse Reformproblem hat hier einen seiner bedeutsamsten Kernpunkte. Die Gemeinden müssen wiederum die Fähigkeit erhalten, Einnahmen und Ausgaben in eigener Verantwortlichkeit in ein richtiges Verhältnis miteinander zu bringen. Es handelt sich um ein gesamtdeutsches Problem, ohne dessen Lösung jede Reichsfinanzreform Stückwerk bleibt.

Die Erkenntnis, dass Gemeindenot auch Reichsnot ist, fängt an allgemein zu werden. Die Anspannung der Gemeindefinanzen hat den denkbar höchsten Grad erreicht. Können die Städte ihre Aufgaben auf sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem Gebiet nicht mehr erfüllen, so sind damit auch die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Grundlagen nicht nur der Menschen zerstört, die ihr Leben in städtischer Umgebung verbringen müssen, sondern die des ganzen Volkes. Auch der Städter besitzt ein Lebensrecht. Das mögen namentlich auch alle die bedenken, die durch eine Abdrängung der Städte vom Kapitalmarkt zugleich eine wirtschaftlich gerechtfertigte Besserung des Lebensstandards städtischer Bevölkerung hintanhaltend.

Nach den Begrüssungsansprachen erteilte Oberbürgermeister Dr. Blüher-Dresden dem Oberbürgermeister Dr. Luppe-Nürnberg das Wort zu seinem Referat: Arbeitslosenversicherung und Gemeindehaushalt.

Dr. Luppe führte etwa folgendes aus: Die rapide und unaufhörliche Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen in den letzten Monaten hat die Haushaltspläne aller Gemeinden über den Haufen geworfen und droht sich zur Finanzkatastrophe aus-

zuwachsen. Vor dem Kriege waren deutsche Städte und Kommunalverbände die Schöpfer und Träger des öffentlichen Arbeitsnachweises, den sie auch allein finanzierten. Als man sich im Jahre 1926 entschloss, die Arbeitslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung umzuwandeln, wurde von vielen Seiten bei der ungünstigen Wirtschaftslage der Uebergang für verfrüht erklärt. Der Städte- tag wies in einem Gegenentwurf zu der Regierungsvorlage auf die unlöslichen Zusammenhänge zwischen Arbeitsnachweis, Arbeitslosenversicherung und gemeindlicher Wohlfahrtspflege hin und erklärte sich bereit, auch weiterhin ein Drittel der Kosten des Arbeitsnachweises und ein Neuntel der Arbeitslosenfürsorge auf die Gemeinden zu übernehmen, wenn sie in der Hand der Gemeinden belassen würden. Alle Warnungen blieben vergeblich. Die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes geäußerten Bedenken sind in einem geradezu erschreckenden Ausmass Wirklichkeit geworden. Die meisten Gemeinden können in allernächster Zeit selbst mit kurzfristigen Krediten ihre Zahlungsfähigkeiten nicht mehr aufrecht erhalten. Die für die Wohlfahrtserwerbslosen in den Etats vorgesehenen Beträge sind jetzt bereits verausgabt, für die nächsten Monate fehlen die Mittel, obwohl zahlreiche Städte bereits alle anderen Ausgaben rücksichtslos bis zur letzten Möglichkeit drosseln.

Die erste Forderung, die erhoben werden muss, ist also, dass den Gemeinden sofort eine finanzielle Hilfe durch Entlastung von den Wohlfahrtserwerbslösungen zuteil wird. Die neuen Steuern können bestenfalls sonstige Einnahmeausfälle ausgleichen, die ungeheuren Mehrausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen bleiben ungedeckt und stellen die Gemeinden unmittelbar vor die finanzielle Katastrophe. Aus dieser gibt es nur den einen Ausweg, die Krisenfürsorge, die entgegen dem klaren Wortlaut des § 101 AVAVG im Vorjahr aufs äusserste eingeschränkt worden ist, nach Berufen und Zeitdauer unbeschränkt auszu dehnen, solange die jetzige Wirtschaftskrise dauert. Das Reich muss hierfür die Mittel aufbringen, die Abwälzung der Arbeitslosenlast auf die Gemeinden ist weder innerlich begründet, noch finanziell möglich. Ist zur Entlastung des Reichs nötig, in diesem Falle bei der Krisenunterstützung die Bedürftigkeitsprüfung nach den Grundsätzen der Wohlfahrtspflege durchzuführen, so sind die Gemeinden bereit, hierfür ihre Organisation und ebenso auch ihre Arbeitsfürsorge zur Verfügung zu stellen, aber selbstverständlich nur dann, wenn das Reich die wenigstens von dem arbeitsfähigen und arbeitswilligen Teil der Wohlfahrtserwerbslosen völlig entlastet und sogleich das 1/5 der Krisenfürsorge übernimmt, mit dem die Gemeinden nach wie vor ohne jeden inneren Grund belastet sind.

Für die Zukunft entsteht die ernste Frage, ob die Versicherung in ihrer jetzigen Form aufrecht erhalten werden kann. Die Hauptursachen der grossen Arbeitslosigkeit, Weltwirtschaftskrise und Ueberalterung der Bevölkerung werden sich in absehbarer Zeit kaum wesentlich abschwächen. Eine weitere Herabmin derung der Unterstützungssätze erscheint bei Aufrechterhaltung des Versicherungscharakters ausgeschlossen; schreitet man aber zur Herabsetzung der Unterstützungsdauer auf 16 oder 13 Wochen, so bedeutet das nur eine neue Verschiebung der Last auf die Gemeinden. Die Versicherung steht täglich mehr nur noch auf dem Papier. Nur die Hälfte der Arbeitslosen erhält heute noch Unterstützung von der Versicherung (rund 1,5 Millionen von 2,9 Millionen), 440 000 unterstützt die Krisenunterstützung, mindestens 650 000 die Wohlfahrtspflege, der Rest erhält wegen mangelnder Bedürftigkeit oder aus anderen Gründen keine Unterstützung. Aber auch bei den Unterstützten der Arbeitslosenversicherung erhält ein sehr grosser Teil laufende oder einmalige Unterstützung von den Wohlfahrtsämtern. Ist es nicht vernünftiger zuzugeben, dass man 1926/27 sich in falschem Optimismus gewiegt hat und die Versicherung, die man irrtümlicherweise ganz auf Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer selbst für die Saisonbetriebe (!) aufbauen zu können glaubte, bis auf normale Zeiten zu sistieren und sie später unter Vermeidung der vielen möglichen Missbräuche neu aufzubauen?

Aber selbst wenn man den Versicherungsgedanken retten will, um schliess-

lich nur noch ein Viertel der Arbeitslosen trotz unerträglicher Beitragserhöhung zu erfassen, so muss doch die Versorgung der nicht von ihr Unterstützten einer völligen Neugestaltung unterzogen werden. Die Krisenfürsorge verliert ihren Sinn in dem Augenblick, wo eine Dauerkrise alle Wirtschaftszweige erfasst. Die jetzige Dreiteilung (Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung) muss einer Zweiteilung Platz machen, da auch die Krisen- ebenso wie die Wohlfahrtsunterstützung ganz aus Steuermitteln finanziert wird, und da es keinen Sinn hat, in beiden Fällen für die Bedürftigkeitsprüfung ganz verschiedene Grundsätze aufzustellen und die Arbeitspflicht nur bei der Wohlfahrtsunterstützung festzulegen.

Grundsätzlich muss der Reichsfinanzausgleich die Gemeinden instandsetzen, diese Lasten zu tragen. Bis zu einer endgültigen Regelung muss das Reich sich an der Beseitigung krisenhafter Notstände nach Massgabe der Aufwendungen beteiligen. Ungangbar sind Vorschläge, die den Zuschuss des Reiches auf eine Höchstsumme oder feste Dotationen begrenzen wollen. Man wird daher einen objektiven Masstab für die Zuschüsse des Reiches suchen müssen, der sich etwa an die Zahl der ausgesteuerten Arbeitslosen, besser der gemeldeten Arbeitslosen in der Gemeinde anschliesst (z.B. 80%) und etwa 4/5 der für einen Arbeitslosen durchschnittlich erforderlichen Kosten umfasst.

Die Gemeinden haben sich nie geweigert, einen Anteil an den Kosten für die Arbeitslosen mitzutragen, da sie immer der Meinung waren, dass auf lange Zeit hinaus aus Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer allein die Versorgung der Arbeitslosen nicht erfolgen könne und auch örtliche Gesichtspunkte den Umfang der Arbeitslosigkeit beeinflussen.

In der örtlichen Instanz muss die Einheitlichkeit wieder hergestellt werden. Der örtliche Arbeitsnachweis muss in engster Verbindung mit der Versicherung wie mit der Fürsorge stehen und dem muss organisatorisch Rechnung getragen werden. Die einheitliche Reichsanstalt mit ihrem Risikoausgleich mag bestehen bleiben, in der örtlichen Instanz müssen aber Gemeinden und Gemeindeverbände wieder eingeschaltet werden, damit der jetzige Interessengegensatz verschwindet und der gesamte Apparat vereinfacht wird.

---

### Berliner Milchpreis.

---

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin: für A=Milch für die Zeit vom 26. September bis 1. Oktober 18 Pfennige, für B=Milch 10 Pfennige, für C=Milch 12 Pfennige. Die A=Milchmenge ist für die Zeit vom 26. September bis 1. Oktober auf 100 % des A=Milchkontingentes der einzelnen Lieferstelle festgesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch 0,50 Pfennige, je Liter, b) molkereimässig bearbeitete Milch 1,75 Pfennige je Liter.

---

### Buttermarkt.

---

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 25. Sept.: I. 134 Mark, II. 122 Mark, III. 106 Mark je Zentner. Tendenz: sehr ruhig.

---

Roggen besser, für Weizen kein Kaufinteresse.

(Berliner Getreidebörse vom 25. September)

SPD. Die Berliner Produktenbörse hatte etwas festere Stimmung. Am Markte der Zeitgeschäfte konnten die meisten Kurse um 1 bis 2 Mark anziehen, wenn auch die Umsatztätigkeit nicht sehr rege war. Roggen blieb in prompter, kahnverladener Ware weiter reichlich angeboten. Da jedoch mehr Deckungsfrage bestand, befestigten sich auch hier die Preise. Im Gegensatz dazu fand effektiver Weizen kein Kaufinteresse, da die Berliner Lagerräume einstweilen noch stark überfüllt sind. Mehl blieb weiter sehr ruhig. Umsätze erfolgten nur in geringer Menge und zu gedrückten Preisen. Hafer hatte stetige Tendenz, aber die Kauflust beschränkte sich nur auf feinere Qualitäten.

	24. Sept.	25. Sept.
	(ab märkische Statin in Mark)	
Weizen	232 - 233	228 - 230
Roggen	158 - 162	158 - 162
Braugerste	202 - 222	202 - 222
Futter- und Industrierogerste	178 - 190	176 - 188
Hafer	152 - 162	150 - 160
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	27,25 - 35,50	27,00 - 35,25
Roggenmehl	23,25 - 26,75	22,90 - 26,50
Weizenkleie	8,50 - 8,75	8,00 - 8,50
Roggenkleie	8,00 - 8,25	7,75 - 8,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 244, Oktober 245, Dezember 256 $\frac{1}{2}$  - 256 - 256 $\frac{3}{4}$  Geld, März 268 - 268 $\frac{1}{2}$ , Roggen September 176 - 173, Oktober 173 - 173 $\frac{1}{2}$  - 173, Dezember 187, März 198 $\frac{1}{2}$ , Hafer September 154 $\frac{1}{2}$ , Oktober 156 - 155 $\frac{1}{2}$ , Dezember 168, März 180 $\frac{1}{2}$ .

#### Amtliche Eiernotierungen.

(25. September)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 15, Klasse A 60 gr 14 $\frac{1}{2}$ , Kl. B. 53 gr 13 $\frac{3}{4}$ , Kl. C. 48 gr 12 $\frac{1}{2}$ , frischer Eier Kl. B. 13, aussortierte kleine und Schmutzeier 10. - Auslandeseier: Dänen 18er 14 $\frac{1}{2}$ , 17er 14, 15 $\frac{1}{2}$  - 16er 13 $\frac{1}{2}$ , Schweden 18er 14 $\frac{3}{4}$ , 17er 14 $\frac{1}{4}$ , 15 $\frac{1}{2}$  - 16er 13 $\frac{3}{4}$ , Estländer 17er 13 $\frac{1}{2}$ , 15 $\frac{1}{2}$  - 16er 13 - 13 $\frac{1}{4}$ , Rumänen 11 $\frac{1}{2}$  - 12, Ungarn 11 $\frac{1}{2}$  - 12, Jugoslawien 11 $\frac{1}{2}$  - 12, Polen grössere 12 $\frac{1}{2}$ , normale 10 $\frac{1}{2}$  - 11, kleine, Mittel- und Schmutzeier 9 - 9 $\frac{1}{2}$ . Witterung: schön. Tendenz: fest.

#### Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,20 bis 1,30, Rote 1,40 bis 1,50, Odenwälder Blaue 1,20 bis 1,30, andere gelbfleischige Kartoffeln 1,60 bis 1,70 Mark. In Berlin sehr geringe Nachfrage. Fabrikkartoffeln 9 Pfennige auf Grund der Stützungssaktion für Kartoffelflocken, im übrigen 5 - 6 Pfennige je Stärkeprozent.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 71

Berlin, den 25. September 1930

Frauenbewegung im 17. Jahrhundert.<sup>x</sup>

SPD. Die materiellen und ideellen Verwüstungen des dreissigjährigen Krieges und der anderen grossen europäischen Kriege hatten im 17. Jahrhundert eine schlimme Verrohung der Sitten in den Völkern abendländischer Kultur hervorgerufen. Die Frauen wurden teils in diesen Taumel mit hineingerissen, teils riefen sie selbst nach den "jungfrölichen guten Sitten und Tugenden" als einzigem Schutzdamm gegen die immer mehr um sich greifende Verwilderung. Das in der Renaissance erstandene Persönlichkeitsbewusstsein hatte, zumal in Italien, auf die Frauen übergegriffen und zahlreichen geistvollen und gelehrten Frauen zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten verholfen. Getragen von diesen neuen Kräften der Persönlichkeitsbildung erstanden den damals so revolutionären Ideen der Frauenbewegung Vorkämpfer, die ihre Zeit und auch die Nachwelt stark beeinflusst haben.

Von diesen Vorkämpfern war Anna Maria van Schurmann die bedeutendste. Sie war 1607 als Kind einer vornehmen holländischen Familie geboren, die während der spanischen Kriege nach Köln übersiedelt war. Erzogen wurde sie dann in Utrecht zusammen mit ihren Brüdern, die eine gelehrte Ausbildung erhielten. Sie erwarb umfangreiche Kenntnisse in der lateinischen, griechischen, hebräischen und französischen Sprache, studierte Philosophie und Theologie und stand mit berühmten Zeitgenossen im Briefwechsel, u. a. mit dem Kardinal Richelieu, dem bedeutenden französischen Staatsmann. Sie verfasste eine Schrift in lateinischer Sprache über das Thema "Ob den christlichen Frauen das Studium der Wissenschaften zukomme", die von einem Leydener Philosophieprofessor zusammen mit einigen Briefen der Schurmann an ihn über den gleichen Gegenstand herausgegeben wurde. Heute mutet es uns kindlich an, Appelle an die "Einsicht", "Vernunft" und "Gerechtigkeit" der Zeitgenossen zu hören, wo es sich um eine politisch-gesellschaftliche Machtfrage handelt. Immerhin drückt die Schurmann sogar vorsichtig den unerhört revolutionären Gedanken aus, dass man Frauen in den nicht gerade leitenden öffentlichen Aemtern einen Platz einräumen könne. Die Briefe und Schriften der Schurmann wurden so viel gelesen und diskutiert, dass Gottsched fast ein Jahrhundert später in seiner Frauenzeitschrift "Die vernünftigen Tadlerinnen" anregte, endlich mit den "abgedroschenen Streitereien" über die Berechtigung des Frauenstudiums aufzuhören.

In Italien schrieb man um die gleiche Zeit Lucretia Marinella mit viel Schwung und Temperament im Sinne der Frauenemanzipation. Sie rechnet ab mit allen Schriftstellern, die der Frau Uebles nachsagen, und verlangt - weitergehend als Anna Maria van Schurmann - eine Beteiligung der Frau an der Gesetzgebung und Obrigkeit, von der die Männer sie bisher aus Tyrannei und Grausamkeit ausgeschlossen hätten.

In Paris erschien 1622 die Streitschrift "Von der Gleichheit der Männer und Frauen" von Marie de Gournay. Diese geistvolle, feinsinnige Frau, eine Freundin des berühmten Schriftstellers de Montaigne, war ein hässliches ältliches Fräulein mit einer komischen Vorliebe für Katzen. Bei ihren spottlustigen Landsleuten, die die etwas schrullige Persönlichkeit der Verfasserin vor Augen hatten, fanden daher ihre Schriften weit weniger Anerkennung als im Ausland. Mit Witz und Eleganz versteht es die Gournay, Männer gegen Männer auszuspielen, indem sie aus den antiken Schriftstellern alle für die Frauen günstigen

Urteile den ungünstigen gegenüberstellt. Da beide Geschlechter - so erklärt sie - für die Arterhaltung notwendig sind, soll nicht eines das andere beherrschen.

Unter den Männern, die sich aus voller Ueberzeugung für die Rechte der Frauen einsetzen, ragen zwei Aerzte, ein spanischer und ein niederländischer, hervor. Während der Spanier Christoval Acosta in seiner aus dem Jahre 1592 stammenden Schrift "Abhandlung zum Lob der Frauen" sich damit begnügt, die Liebenswürdigkeit, Keuschheit, Weisheit, Tüchtigkeit und Tapferkeit der Frau in den Schmerzen der Geburt zu rühmen, ohne irgendwelche revolutionären Erkenntnisse und Forderungen daraus abzuleiten, geht sein Dordrechter Kollege Johannes van Beverwyck, der auch mit der Schurmann im Briefwechsel stand, in seinem 1639 erschienenen Buche "Von der Vorzüglichkeit des weiblichen Geschlechts" bedeutend weiter. Er führt zahlreiche Philosophen, Dichter und Schriftsteller aus Altertum und Neuzeit an, die sich positiv zur weiblichen Gelehrsamkeit ausgesprochen haben, und gibt eine lange Aufzählung gelehrter Frauen bei allen Zeiten und Völkern. Besonders interessant aber ist es, dass schon van Beverwyck Argumente gebraucht, die fast dreihundert Jahre später in der Zusammenstellung von Professor Mathilde Vaerting Aufsehen erregt haben, indem er Herodots Schilderung ägyptischer Sitten, des altägyptischen "Frauenstates", anführt. Demnach hat also "nicht die Natur, sondern die Gewohnheit" die Frauen allein zu Hausfrauen gemacht. Besonders rühmt der Verfasser die weibliche "Schamhaftigkeit", ohne freilich zu der Erkenntnis vorzudringen, dass vielleicht auch hier nicht die "Natur", sondern die "Gewohnheit", d.h. Zeitbedingtheit, der Grund für die damals übliche weibliche Zurückhaltung war.

Die Frauen und Männer, die sich in längst vergangenen Zeiten mutig für eine freiere, geachtete Stellung der Frau einsetzten, sind heute mehr oder weniger vergessen. Ihr Werk aber war Pionierarbeit in dem schier undurchdringlichen Verhau von gedankenlosen Vorurteilen, Tyrannei und Dummheit.

H.S.

---

### Fussbekleidung im Wandel der Zeiten.<sup>x</sup>

---

SPD. Einen interessanten historischen Rückblick auf die Verwendung des Leders zur Fussbekleidung der verschiedenen Völkerstämme und Epochen bot in der letzten Septemberwoche die in Berlin veranstaltete Lederschau. Verglichen mit dem Schuhzeug unsrer Tage, weist die Fussbekleidung früherer Zeiten bei einer für unsre Begriffe recht primitiven äusseren Form eine ungemein minutiöse und komplizierte Verarbeitung auf. Der Phantasie und Geschicklichkeit sind keine Schranken gesetzt, und man hat bei vielen Stücken das bestimmte Gefühl, dass hier in unendlich langer, mühevollster Arbeit ein Meisterwerk geschaffen wurde, das materiell und ideell einen Höchstwert besass.

Da sind afrikanische Reiterstiefel aus feinstem Ziegenleder mit Applikationen, zierlichsten Stickereien und anderem Schmuck, wildlederne Sandalen, reich gestrickt oder gestanzt, weiss und farbig, andere wieder reich mit Straussenfedern geschmückt, sodass sie eher einem Fächer als einer Fussbekleidung ähneln. Kokette Zierknöpfe und Laschen, Lederriemchen und Schnallen schmücken die Fussbekleidungen, die in ihrer reichen Verarbeitung und phantastischen Form wahre Frachtobjekte darstellen. Nordamerika um 1900 zeigt Sandalen, reich mit Perlen gestickt, Tartarische Lederschuhe aus dem Jahre 1826 wirken durch eine ganz eigenartige Form des Absatzes; auch sie sind reich mit Perlen und Metallfäden bestickt. Höchst merkwürdig muten Schuhe aus Dioka an, die ein unserm Stiefelknecht ähnliches Holzgestell darstellen, das mit einer ledernen Lasche über dem Fusse schliesst. Man kann sich nicht gut vorstellen, dass die Bewegung auf solch unnachgiebiger Fläche sonderlich angenehm ge-

wesen wäre. Reine Marterwerkzeuge aber stellen altchinesische Schuhe dar: Auf kleinen, schmalen Holzfüßchen mit zwei aufgestellten Brettchen ist der Schuh aufmontiert. Die Sohle ist, wie bei allem asiatischen Schuhwerk, stark erhöht, etwa wie bei unserm orthopädischen Schuhen. Ebenso schmerzerregend wirken - für unsre Begriffe - koreanische Kinderschuhe, deren vorderer Teil ganz schmal, steil nach abwärts gehend gearbeitet ist, sodass der Fuss völlig eingezwängt, fast wie festgeschraubt darin sitzen muss. Diese Form entsprach gewiss der künstlich verbildeten Form des Chinesenfusses. Den stark erhöhten sogenannten Stelzenschuh findet man auch bei altvenezianischem Schuhwerk in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts: auf hohem, hölzernen Podest sitzt ein winzig kleiner zierlicher Schuh oder die reichgestickte Sandale. Von einer vernunftmässigen Hygiene der Fussbekleidung lässt sich hier wohl kaum sprechen; es ward ausschliesslich der damaligen Mode und ihren Auswüchsen Rechnung getragen.

Doch nicht alle Völker hielten es mit koketten Modelaunen. So erwecken beispielsweise wildlederne Frauenstrümpfe aus dem 17. Jahrhundert, unbekanntem Ursprungs, mit reicher Lederstickerei, in ihrer mehr als bequemen Weite den Eindruck angenehmsten Tragens. Sehr schön und kostbar wirken indische Sandalen mit goldbestickter Sohle und marikkanische Schuhe mit eingelegter Perlmutterarveiter. Bizarr in Form und Verarbeitung wirkt der gotische Schnabelschuh aus dem Spanien des 16. Jahrhunderts, dessen unwahrscheinlich schmales Vorderteil in eine etwa 15 cm lange, ganz feine Spitze ausläuft. Ueberschuhe für Frauen - sie hiessen damals Tripfen - gab es schon im 15. Jahrhundert. Allerdings waren das nur derbe Ledersohlen mit Riemenverschluss, die lediglich die Sohle des eigentlichen Schuhs vor Nässe schützten. Ein römischer Schuh aus dem zweiten Jahrhundert n. Chr. zeigt reiche Lederarbeit. Ein Strassburger Stöckelschuh läuft im Hacken in die winzig kleine Fläche von etwa einem halben Zentimeter Durchmesser aus. Die nordischen Völker Grönlands und Islands zeigen grobe, derbe Lederschäfte aus Renntierfell, die Jakuten lange, bestickte Lederstrümpfe. Eigenartig wirken Schuhe aus dem 18. Jahrhundert, die auf der Sohle den gekreuzigten Christus zeigen, ferner die sogenannten Kuhmaul-Schuhe aus dem 16. Jahrhundert, die aus einer ganz breiten Vorderlasche und einem flachen Schaft bestehen. Die Schuhe der Kopten, Nachkommen der alten Aegypter, aus dem Jahre 600 n. Chr. sind eigentlich Lederstrümpfe oder Sandalen mit eingestickten Pflanzen- oder Tierornamenten, deren Farben und Vergoldungen bei der 1200 Jahre später erfolgten Ausgrabung noch erhalten waren.

---

### Romantische Frauenschicksale.<sup>x</sup>

---

SPD. Solange es hübsche, ehrgeizige Frauen gibt, wird es romantische Frauenschicksale geben. Die Geschichte wimmelt davon. Eine der ehrgeizigsten Frauen war die kurz vor Kriegsausbruch in Paris gestorbene Baronin von Braunecker, die vor fast 100 Jahren (1832) in Hamruden bei Repsin Siebenbürgen als einfaches Dorfmadchen Anna Simonis geboren wurde. Sie wie auch ihr Bruder Georg besaßen musikalisches Talent; darum durfte er das Orgel- und sie das Klavierspiel erlernen. Durch eine Liebschaft brachte sich Georg im Dorfe in Ungelegenheiten; er musste flüchten, begab sich nach Bukarest und schlug sich dort als Musiker durchs Leben. Hier lernte er junge Damen aus ersten Kreisen kennen und wusste es zu erreichen, dass seine Schwester Anna in ein Pensionat Manolotti aufgenommen wurde. Zum Dank dafür gab er allen Pensionären kostenfreien Musikunterricht.

Inzwischen war es in der Walachei unruhig geworden, und der damalige Landesherr, der Sultan der Türkei, sandte seinen militärischen Vertrauten Omer-Pascha ins Aufruhrgebiet. Dieser türkische Pascha war der Sohn eines öster

reichlichen Offiziers, der sich am Hofe zu Konstantinopel in raschem Aufstieg eine glänzende Stellung errungen hatte. Es gelang ihm bald, die Ruhe wieder herzustellen; und im Frühjahr 1849 wurde in Bukarest ihm zu Ehren eine Feier veranstaltet, zu der auch Anna Simonis eine Einladung erhalten hatte. Kaum hatte Omer Pascha das junge Mädchen gesehen, als sein Herz in Flammen stand. Auch Anna zeigte Interessen für den türkischen Würdenträger, Omer Pascha fasste den Entschluss, das siebzehnjährige schöne Mädchen zu heiraten. Die Hochzeit fand mit orientalischer Pracht statt. Omer gelobte, niemals neben Anna eine andere Frau zu nehmen, und beider Glück war vollkommen.

Omer Paschas Ruhm erreichte den Höhepunkt, als er die Russen besiegte. Er empfing die höchste Auszeichnung der damaligen Türkei: den Titel Sirdar-Ekreme. Ausserdem schenkte ihm der Sultan aus seinem eigenen Harem zwei bildschöne Tscherkessinnen. Omer musste das Geschenk annehmen, da eine Weigerung eine grobe Beleidigung des Sultans bedeutet hätte. Von diesem Augenblick an begriff Anna, dass zwischen ihr und ihrem türkisch denkenden Gemahl eine unüberbrückbare Kluft bestand. Als sie überdies eines Abends den Knall eines geheimnisvollen Schusses aus ihrem eigenen Schlafzimmer hörte, fasste sie den Entschluss zur Flucht. Sie verkaufte alle ihre Juwelen, sogar ihren Ehering, und fuhr nach Paris. Omer flehte vergeblich, sie möge zurückkehren. Sie lernte in Paris einen Baron Braunecker kennen, heiratete ihn und schenkte ihm sechs Kinder. Als sie Witwe geworden war, schrieb Omer Pascha ihr nochmals, sie möchte zu ihm zurückkehren; aber sie weigerte sich auch jetzt. Sie hatte genug vom Balkan...

Eins der abenteuerlichsten Leben hat auch die gegenwärtige Lady Peggy Northesk, die Gemahlin eines der vornehmsten schottischen Aristokraten, hinter sich. Sie wurde als Tochter eines amerikanischen Dorfbarbiere geboren und half als halbwüchsiges Mädel ihrem Vater im Geschäft, bis sie durch Vermittlung eines Verwandten in einem Pensionat in Washington landete. Hier lernte sie den jungen Millionär Everett Archer kennen, liess sich von ihm aus dem Pensionat entführen und heiratete ihn. Die Ehe wurde jedoch später für nichtig erklärt, da beide Partner minderjährig waren. Peggy suchte und fand nun einen Beruf; sie wurde Telefonistin in Washington und suchte einen neuen Mann. Sie fand ihn in Sherburne Hopkins, dem Sohn eines angesehenen Rechtsanwalts. Doch auch diese zweite Ehe war nur von kurzer Dauer. Peggy fand ihren Mann zu fade und verliess ihn, um bei den weltberühmten Ziegfeld Follies in New York Tanzgirl zu werden. Hier lernte sie einen Holzhändler kennen, J. Stanley Joice, dessen Vermögen auf vierzig Millionen Dollar geschätzt wurde. Bald war sie Frau Joice geworden. Als Stanley jedoch entdeckte, dass seine Gemahlin gewagte Spekulationen machte und schon zwei Millionen Dollar an der Börse verloren hatte, machte er kurzen Prozess und liess sich scheiden. Unverzagt suchte Peggy einen neuen Ehemann. Diesmal war es ein schwedischer Graf, Gösta Morner, der in Amerika Dollars verdient hatte. Doch auch er blieb nicht lange der Begleiter auf Peggy's Lebensweg. Von ihrem Grafen geschieden, bereiste sie unermüdlich alle mondänen Badeorte der Alten und Neuen Welt. Sie lebte auf sehr grossem Fusse, und es glückte ihr, endlich einen Fang zu machen, den sie sobald nicht wieder entwischen lassen wird: Lord Northesk. In dem alten Geschlechte der Northes hatte es noch nie einen Fall von Missheirat gegeben, bis Peggy auf der Bildfläche erschien. Nun hat sie ihren Willen: als Lady Northesk hat sie Zutritt zu den höchsten Kreisen der englischen Welt. . .

Nicht weniger romantisch war das Leben einer Frau, die als junges Mädchen im Warschauer Ballett auftrat: Mathilde Kschesinska. In Warschau sah der damalige russische Thronfolger Nikolaus die Sechzehnjährige zum ersten Male. Er selbst war damals noch Gardeleutnant, verliebte sich in die Tänzerin, liess sie nach Petersburg kommen, richtete ihr eine Wohnung ein und machte sie zu seiner Vertrauten. Zar Alexander III., der Vater Nikolaus', suchte die Verbindung mit allen Mitteln auseinanderzubringen; er drohte, Mathilde nach Sibirien zu verbannen, und sandte seinen Sohn auf eine Weltreise. Nikolaus erwog lange den



Gedanken, auf das Thronfolgerecht zu verzichten. Doch davon hielt ihn Mathilde selbst zurück. Sie hatte grossen Einfluss auf Nikolaus, auch nach seiner Heirat mit der Prinzessin Alice von Hessen und nach seiner Besteigerung des Zarenthrons. Erst als Rasputin am russischen Hofe die erste Geige zu spielen begann, nahm Mathildes Macht rasch ab. Beim Ausbruch der Revolution wurde ihr Palast gestürmt; sie selbst floh nach Paris und heiratete hier den Grossfürsten Andreas, der sie bereits seit langen Jahren verehrt hatte.

Luise Winkelmann.

---

### Das Liebesgeständnis.<sup>x</sup>

---

Von A. Berry

SPD. "Aufgepasst! Linke Hand: ein b! - crescendo! - Du musst die Sonate nächste Stunde noch einmal spielen."

Marthe Landier schliesst nervös den Klavierdeckel und hilft der Schülerin in den Mantel. Zum Abschied mahnt sie nochmals: "Vergiss nicht die Tonleitern!"

Nun ist das alte Fräulein allein. Sie setzt sich ans Fenster, die Näharbeit zwischen den geschickten Fingern. Sie ist sehr müde. Ihr brummt der Kopf von dem Geklimper der unbeholfenen Hände. Heute Abend muss sie noch einer Gesellschaft zum Tanz aufspielen. Wie schwer ist es für eine alleinstehende Frau, das wenige Notwendige zum Leben zusammenzubringen!

Fräulein Landier ist bald fünfzig Jahre alt. Bisher hat sie mutvoll mit den kräftigen Schultern der Jugend ihr Leben getragen. Jetzt ermattet sie. Das einsame Alter droht. Die Stunden entgleiten in geisttötender Arbeit, ihr Herz versickert, - wofür? Für die paar Sous, die für Wohnung, Nahrung, einfachste Kleidung aufgehen. Ihre Hände sinken in den Schoss. Der Kopf fällt auf die Brust.

Die Sonne umfängt vom Horizont in letzter, weiter, zärtlich aufglühender Umarmung die roten, schornsteinbesteckten Dächer bis zur gegenüberliegenden Häuserfront; sie langt über die enge Strasse in das Stübchen der alten Dame. Die merkt es nicht. Die Krallen der Einsamkeit packen sie heute besonders hart. Sie muss sich befreien! Dort das Klavier - der Brunnen, in den die trüben Stunden fallen, aus dem Süssigkeit der Erinnerung hervorsprudelt und die dürre Gegenwart trostreich bespült. Sie stellt ein schmales Notenheft auf das Brett. "Liebesgeständnis" steht mit schwungvoll gemalten, leicht verblassten Buchstaben auf dem ersten Blatt. Ihre kleinen, zerfurchten Hände greifen leicht die Tasten; sie spielt mit aller Zartheit des Gefühls, mit der Anmut ihres alten, reinen Herzens. Sie ist nicht mehr das alte Mädchen am Klavier. Sie ist eine junge frische Dirn. Max Dirvain, der junge, glänzend begabte, vielversprechende Musiker bringt ihr das Heftchen, das sein Inneres in geheimnisvollen Zeichen birgt, die sich beim Spiel ihrer willigen Hände jauchzend enträtseln.

Rote Nelken glühen in hochfüssiger Vase. Die Sonne streichelt das spiegelglatte Holz des Instruments, auf dessen Platte eine hochgeschürzte Tänzerin das zierliche Porzellanfüsschen zum Tanze hebt... Die Augen der Liebenden leuchten in zärtlicher Glut.

Der voll tönende, weich auslaufende Schlussakkord singt in der Stille Raumes nach, ein Echo aus alter Zeit.

O, holder Trug! Hast du alles vergessen, dummes, altes Mädchen? Der Liebhaber hat dich verlassen. Er hinterlies dir nichts weiter als die Kunde seines Rames. Und du bist alt, allein im engen Stübchen, hast kaum Zeit, deinen armen, zerquälten Kopfe Ruhe zu gönnen.

Die Türglocke schrillt in ihre Träume. Das alte Fräulein schreckt empor. Sie schüttelt sich. Sie muss sich wieder in die Gegenwart zurückfinden.

Ein neuer Schüler? Sie hastet zur Tür.

Ein Herr steht draussen. Sie führt ihn herein. Er verbeugt sich: "Belot."

reichlichen Offiziers, der sich am Hofe zu Konstantinopel in raschem Aufstiege eine glänzende Stellung errungen hatte. Es gelang ihm bald, die Ruhe wieder herzustellen; und im Frühjahr 1849 wurde in Bukarest ihm zu Ehren eine Feier veranstaltet, zu der auch Anna Simonis eine Einladung erhalten hatte. Kaum hatte Omer Pascha das junge Mädchen gesehen, als sein Herz in Flammen stand. Auch Anna zeigte Interessen für den türkischen Würdenträger. Omer Pascha fasste den Entschluss, das siebzehnjährige schöne Mädchen zu heiraten. Die Hochzeit fand mit orientalischer Pracht statt. Omer gelobte, niemals neben Anna eine andere Frau zu nehmen, und beider Glück war vollkommen.

Omer Paschas Ruhm erreichte den Höhepunkt, als er die Russen besiegte. Er empfing die höchste Auszeichnung der damaligen Türkei: den Titel Sirdar-Ekreme. Ausserdem schenkte ihm der Sultan aus seinem eigenen Harem zwei bildschöne Tscherkessinnen. Omer musste das Geschenk annehmen, da eine Weigerung eine grobe Beleidigung des Sultans bedeutet hätte. Von diesem Augenblick an begriff Anna, dass zwischen ihr und ihrem türkisch denkenden Gemahl eine unüberbrückbare Kluft bestand. Als sie überdies eines Abends den Knall eines geheimnisvollen Schusses aus ihrem eigenen Schlafzimmer hörte, fasste sie den Entschluss zur Flucht. Sie verkaufte alle ihre Juwelen, sogar ihren Ehering, und fuhr nach Paris. Omer flehte vergeblich, sie möge zurückkehren. Sie lernte in Paris einen Baron Braunecker kennen, heiratete ihn und schenkte ihm sechs Kinder. Als sie Witwe geworden war, schrieb Omer Pascha ihr nochmals, sie möchte zu ihm zurückkehren; aber sie weigerte sich auch jetzt. Sie hatte genug vom Balkan...

Eins der abenteuerlichsten Leben hat auch die gegenwärtige Lady Peggy Northesk, die Gemahlin eines der vornehmsten schottischen Aristokraten, hinter sich. Sie wurde als Tochter eines amerikanischen Dorfbarbiere geboren und half als halbwüchsiges Mädchel ihrem Vater im Geschäft, bis sie durch Vermittlung eines Verwandten in einem Pensionat in Washington landete. Hier lernte sie den jungen Millionär Everett Archer kennen, liess sich von ihm aus dem Pensionat entführen und heiratete ihn. Die Ehe wurde jedoch später für nichtig erklärt, da beide Partner minderjährig waren. Peggy suchte und fand nun einen Beruf; sie wurde Telefonistin in Washington und suchte einen neuen Mann. Sie fand ihn in Sherburne Hopkins, dem Sohn eines angesehenen Rechtsanwalts. Doch auch diese zweite Ehe war nur von kurzer Dauer. Peggy fand ihren Mann zu fade und verliess ihn, um bei den weltberühmten Ziegfeld Follies in New York Tanzgirl zu werden. Hier lernte sie einen Holzhändler kennen, J. Stanley Joice, dessen Vermögen auf vierzig Millionen Dollar geschätzt wurde. Bald war sie Frau Joice geworden. Als Stanley jedoch entdeckte, dass seine Gemahlin gewagte Spekulationen machte und schon zwei Millionen Dollar an der Börse verloren hatte, machte er kurzen Prozess und liess sich scheiden. Unverzagt suchte Peggy einen neuen Ehemann. Diesmal war es ein schwedischer Graf, Gösta Morner, der in Amerika Dollars verdient hatte. Doch auch er blieb nicht lange der Begleiter auf Peggys Lebensweg. Von ihrem Grafen geschieden, bereiste sie unermüdlich alle mondänen Badeorte der Alten und Neuen Welt. Sie lebte auf sehr grossem Fusse, und es glückte ihr, endlich einen Fang zu machen, den sie sobald nicht wieder entweichen lassen wird: Lord Northesk. In dem alten Geschlechte der Northes hatte es noch nie einen Fall von Missheirat gegeben, bis Peggy auf der Bildfläche erschien. Nun hat sie ihren Willen: als Lady Northesk hat sie Zutritt zu den höchsten Kreisen der englischen Welt. . . .

Nicht weniger romantisch war das Leben einer Frau, die als junges Mädchen im Warschauer Ballett auftrat: Mathilde Kschesinska. In Warschau sah der damalige russische Thronfolger Nikolaus die Sechzehnjährige zum ersten Male. Er selbst war damals noch Gardeleutnant, verliebte sich in die Tänzerin, liess sie nach Petersburg kommen, richtete ihr eine Wohnung ein und machte sie zu seiner Vertrauten. Zar Alexander III., der Vater Nikolaus', suchte die Verbindung mit allen Mitteln auseinanderzubringen; er drohte, Mathilde nach Sibirien zu verbannen, und sandte seinen Sohn auf eine Weltreise. Nikolaus erwog lange den

Gedanken, auf das Thronfolgerecht zu verzichten. Doch davon hielt ihn Mathilde selbst zurück. Sie hatte grossen Einfluss auf Nikolaus, auch nach seiner Heirat mit der Prinzessin Alice von Hessen und nach seiner Besteigerung des Zarenthrons. Erst als Rasputin am russischen Hofe die erste Geige zu spielen begann, nahm Mathildes Macht rasch ab. Beim Ausbruch der Revolution wurde ihr Palast gestürmt; sie selbst floh nach Paris und heiratete hier den Grossfürsten Andreas, der sie bereits seit langen Jahren verehrt hatte.

Luise Winkelmann.

---

### Das Liebesgeständnis.<sup>x</sup>

---

Von A. Berry

SPD. "Aufgepasst! Linke Hand: ein b! - crescendo! - Du musst die Sonate nächste Stunde noch einmal spielen."

Marthe Landier schliesst nervös den Klavierdeckel und hilft der Schülerin in den Mantel. Zum Abschied mahnt sie nochmals: "Vergiss nicht die Tonleitern"!

Nun ist das alte Fräulein allein. Sie setzt sich ans Fenster, die Näharbeit zwischen den geschickten Fingern. Sie ist sehr müde. Ihr brummt der Kopf von dem Geklimper der unbeholfenen Hände. Heute Abend muss sie noch einer Gesellschaft zum Tanz aufspielen. Wie schwer ist es für eine alleinstehende Frau, das wenige Notwendige zum Leben zusammenzubringen!

Fräulein Landier ist bald fünfzig Jahre alt. Bisher hat sie mutvoll mit den kräftigen Schultern der Jugend ihr Leben getragen. Jetzt ermattet sie. Das einsame Alter droht. Die Stunden entgleiten in geisttötender Arbeit, ihr Herz versickert, - wofür? Für die paar Sous, die für Wohnung, Nahrung, einfachste Kleidung aufgehen. Ihre Hände sinken in den Schoss. Der Kopf fällt auf die Brust.

Die Sonne umfängt vom Horizont in letzter, weiter, zärtlich aufglühender Umarmung die roten, schornsteinbesteckten Dächer bis zur gegenüberliegenden Häuserfront; sie langt über die enge Strasse in das Stübchen der alten Dame. Die merkt es nicht. Die Krallen der Einsamkeit packen sie heute besonders hart. Sie muss sich befreien! Dort das Klavier - der Brunnen, in den die trüben Stunden fallen, aus dem Süssigkeit der Erinnerung hervorsprudelt und die dürre Gegenwart trostreich bespült. Sie stellt ein schmales Notenheft auf das Brett. "Liebesgeständnis" steht mit schwungvoll gemalten, leicht verblassten Buchstaben auf dem ersten Blatt. Ihre kleinen, zerfurchten Hände greifen leicht die Tasten; sie spielt mit aller Zartheit des Gefühls, mit der Anmut ihres alten, reinen Herzens. Sie ist nicht mehr das alte Mädchen am Klavier. Sie ist eine junge frische Dirn. Max Dirvain, der junge, glänzend begabte, vielversprechende Musiker bringt ihr das Heftchen, das sein Inneres in geheimnisvollen Zeichen birgt, die sich beim Spiel ihrer willigen Hände jauchzend enträtseln.

Rote Nelken glühen in hochfüssiger Vase. Die Sonne streichelt das spiegelglatte Holz des Instruments, auf dessen Platte eine hochgeschürzte Tänzerin das zierliche Porzellanfüsschen zum Tanze hebt... Die Augen der Liebenden leuchten in zärtlicher Glut.

Der voll tönende, weich auslaufende Schlussakkord singt in der Stille Raumes nach, ein Echo aus alter Zeit.

O, holder Trug! Hast du alles vergessen, dummes, altes Mädchen? Der Liebhaber hat dich verlassen. Er hinterlies dir nichts, weiter als die Kunde seines Rames. Und du bist alt, allein im engen Stübchen, hast kaum Zeit, deinen armen, zerquälten Kopfe Ruhe zu gönnen.

Die Türglocke schrillt in ihre Träume. Das alte Fräulein schreckt empor. Sie schüttelt sich. Sie muss sich wieder in die Gegenwart zurückfinden.

Ein neuer Schüler? Sie hastet zur Tür.

Ein Herr steht draussen. Sie führt ihn herein. Er verbeugt sich: "Belot..."

Musikverleger. Sie kennen wohl meinen Namen." Marthe nickt. Welch glücklicher Stern führt den mächtigen Mann zu ihr? Wird er ihr Stunden verschaffen...eine Stelle als Begleiterin in einem Konzert? Ihr schwindelt der Kopf vor unfasslichen Möglichkeiten.

"Ich war ein guter Bekannter von Max Dirvain", erklärt der Besucher. "Seine Werke sind bei mir erschienen. Ich habe ihn von einem Liede sprechen hören, das er in seiner Jugend komponiert hat. Er hielt es für eins seiner besten. Das Lied muss in Ihren Händen sein. Ich möchte Sie nun bitten, es mir zu überlassen. Ich biete Ihnen 4000...5000...5000 bar auf den Tisch...und Gewinnbeteiligung an jedem verkauften Exemplar. Das ist eine kleine Rente...Nun??"

Der Klavierlehrerin pocht das Herz stürmisch. Ihr Gesicht rötet sich. Sie kann kein Wort hervorbringen.

Der Herr betrachtet den schmalen Raum.

Marthe Landier, was zögerst du? Das Glück streckt dir die Hand entgegen... Greif zu! Es führt dich aus deinem elenden Leben in ein Dasein ohne Hasten, ohne ängstliches Zusammenhalten der in qualvoller Mühe errungenen Sous.

"Nun, Gnädigste?"

Sie sieht ihm gross in die Augen.

"Nein, Herr Belot. Das Lied ist mir nicht feil".

Der Verleger ist ausser sich. "Aber...ich bitte Sie...überlegen Sie es sich reiflich! Das darf nicht Ihr letztes Wort sein!...Hier ist meine Karte! Ich erwarte Ihre Zustimmung."

Marthe begleitet den Besucher zur Tür. Dann tritt sie mit festen Schritten an den Tisch, nimmt die Karte und zerreisst sie in kleine Fetzen.

Das wäre ein schönes Geschäft! Erkauft sich das Glück mit schweren Herzenskämpfen, dem Frieden der Seele, mit ewigem Schmerz? Was sind ihr schwere Arbeit, Entbehrungen, Einsamkeit! Sie trägt im Herzen einen Schatz, das göttliche Lied, ihr erstes und einziges "Liebesgeständnis".

(Berechtigte Uebersetzung von Ursel Ellen Jacoby).

---

SPD. Purpurfärberei im Altertum.<sup>x</sup> Die echtste rote Farbe ist die von der Purpurschnecke gewonnene Farbe, mit der man im Altertum die Königsmäntel färbte. Noch heute wird gelegentlich in Dichtungen vom "königlichen Purpur" gesprochen. Es ist natürlich, dass diese Farbe nur für Könige verwendet werden konnte, da sie ungewöhnlich kostspielig war. Jede Schnecke gibt nur wenige Tröpfchen Purpursaft, und bei den alten Phönizianern, die hauptsächlich die Purpurfärberei im Altertum betrieben, wurden in einer einzigen Purpurfabrik jährlich Millionen von Schnecken verbraucht. Bei Ausgrabungen in der Nähe von Sidon hat man eine sogenannte "Schneckenbank, eine Anhäufung von Schalen der verbrauchten Purpurschnecken, gefunden, die nicht weniger als 100 Meter lang und mehrere Meter hoch ist. In Europa bestanden Purpurfabriken in Konstantinopel bis zur Eroberung der Stadt durch die Türken im Jahre 1453. In neuester Zeit hat man wieder Versuche einer Färbung mit dem Schneckensaft gemacht, sie jedoch wegen ihrer allzu grossen Kostspieligkeit bald wieder aufgegeben.

---

SPD. Statistik.<sup>x</sup> In einem amerikanischen Blatte war zu lesen: Statistiker sagen, dass es mehr als 300 verschiedene Arten von Ballspielen gibt. Wir sind geneigt, dazu zu bemerken, dass es nach unsrer Auffassung mehr als 300 verschiedene Arten von Golfspiel gibt.

---